

AntifaZ

Antifaschistische Zeitung

Nr. 43

September/ Oktober 1993

8. Jahrgang

Preis DM 2,50

Bad Kleinen

Fulda

Der deutsche Staat zeigt Flagge



Inhalt

- 3 **Editorial**
 Berichte
4 Naziaufmarsch in Fulda
8 Bad Kleinen
11 Burhan Karadeniz
14 Rassistische Bürgerinitiative in Marl
 Dokumentation
7 Resolution für Jürgen
 Kommentar
12 Zur Normalität der Fremdenfeindlichkeit
 Kultur
13 Wehrt Euch! - Solikonzert in Wanne
 Serie
18 Krieg auf dem Balkan, Teil V
 Debatte
21 Die Autonomen, Teil I
34 Mediation
38 Bemerkungen zu einem Antifaschistischen Programm
40 Zur Behinderten"ethik" des Peter Singer
17 **Impressum**
 Aufruf
43 Asyl für Juliet und Joma
44 Antirassistische Aktionskonferenz Thüringen

Anzeige



EDITORIAL

Mit einigen Schwierigkeiten hatten wir zu kämpfen, um nach den Sommerferien die vorliegende Ausgabe der AntifaZ herzustellen - so konnten wir z.B. in der Kürze der Zeit keinen eigenen Artikel zu den **Ereignissen in Fulda** ("Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" der Nazis) schreiben und drucken daher einen Bericht aus den "Antifaschistischen Nachrichten", der u.E. sehr informativ ist.

Die Berichterstattung über **"Bad Kleinen"** und **"Fulda"** steht natürlich auch am Anfang dieser Ausgabe - beide werfen ein so klares Licht auf den Zustand dieses Staates, daß weitere Erklärungen kaum noch notwendig erscheinen.

Es wundert auch kaum, daß Kohl, Marschewski oder Wegener wie mit einer Stimme diejenigen verurteilen, die es wagten, am Vorgehen der GSG 9 Kritik zu üben - da man es doch mit der RAF zu tun habe, und ihr gegenüber soll offensichtlich inzwischen auch regierungsoffiziell die in der Türkei schon alltägliche Praxis des "Totgefangennehmens" eingeführt werden. Wie die notwendige Ergänzung zu diesem Vorgehen erscheint dann das kurze Zeit später erfolgte Zusammenarbeiten von Polizei und Faschisten, um deren "demokratisches" Recht, sich in Fulda zu versammeln, durchzusetzen.

Sicher, es gibt auch Einzelstimmen wie die des NRW-Innenministers Schnoor, die ein Verbot der FAP fordern, aber sie haben kaum Aussicht auf Erfolg.

Eine weitere Schwierigkeit bei dieser Ausgabe war die Auswahl der Artikel, die in diese Ausgabe "mußten" - es lagen weitaus mehr Artikel vor, als wir auf 44 Seiten abdrucken können. Das stellt uns immer mehr vor die Notwendigkeit, möglichst bald auf eine monatliche Herausgabe der AntifaZ zu orientieren.

Es "mußte" in diese Ausgabe unbedingt der Teil V der Serie **"Krieg auf dem Balkan"**, und ebenso wenig konnten wir auf den Abdruck zweier Leserbriefe aus dem autonomen Spektrum und eine Antwort auf diese verzichten.

Ausgewählt wurden weiter der erste Teil eines längeren Artikels von Bruno zur **Behinderten-"Ethik"** eines **Peter Singer**, eine Kritik von Karsten Schneider und Thorsten Thiergarten aus Marburg an der in der letzten Ausgabe veröffentlichten Plattform des Antifaschistischen Bundes sowie Berichte über Aktivitäten des AFB in Marl (**Aktionen einer Bürgerinitiative gegen AsylbewerberInnen**) und Wanne-Eickel (**Soli-Konzert**).

Was gibt es außerdem?

Wegen der sich anbahnenden Auseinandersetzung mit "den Autonomen" beginnt in dieser Ausgabe eine **Artikelserie "Die Autonomen"**. Im Teil I wird das Manifest der "Antifaschistischen Aktion" (Bundesweite Organisation) in Auszügen abgedruckt und kritisch kommentiert.

Weiter gibt es einen Artikel der "Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen" (AGF) aus Marburg über die **"Normalität der Fremdenfeindlichkeit"**, verwiesen sei auch auf einen Artikel unter der Rubrik "Debatte", den uns das Anti-Atom-Büro aus Dortmund unter dem Stichwort "Mediation" zur Verfügung stellte.

Zuletzt sei noch zu den anfangs beschriebenen Schwierigkeiten hinzugefügt, daß uns für diese Ausgabe kaum Fotos zur Verfügung standen - der Eindruck der "Bleiwüste" dürfte daher nicht immer vermieden worden sein.

Trotzdem hoffen wir, auch diesmal wieder Euer Interesse zu finden - die nächste Ausgabe wird allerdings - zumindest optisch - wieder besser.

In diesem Sinne Eure

AntifaZ-Redaktion

STAATSSCHUTZ FÜR NEONAZIS

Trotz Verbot Naziaufmarsch in Fulda

13. August, 21. Uhr. "Von wo aus rufen Sie denn an?" "Aus Berlin", meine Antwort. "Ja, die Aktion findet morgen um 14 Uhr in Bischofferode statt. Wir werden dort eine Solidaritätsdemonstration für die Kalikumpei abhalten".

Nur wenige Stunden vor dem geplanten Aufmarsch von Neo- und AltfaschistInnen wurde der diesjährige Zielort des "Rudolf-Heß-Gedenkmarsches" über das Wiesbadener "Nationale Infotelefon" bekanntgegeben.

Heß, der am 17. August 1987 im Alliierten Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau Selbstmord beging, ist zum Märtyrer der rechtsextremen Szene geworden. Alljährlich demonstrierten zu seinem Todestag mit steigender Anzahl RechtsextremistInnen der verschiedensten Organisationen. Im vergangenen Jahr konnten 2000 FaschistInnen trotz Verbot durch das thüringische Rudolstadt demonstrieren.

Am Morgen des 14. August 1993 durchzog Thüringen und insbesondere den Raum Bischofferode ein massives Polizeiaufgebot. Mehr als 5000 BeamtInnen verhinderten eine Zusammenkunft der FaschistInnen - 28 Rechtsextreme wurde festgenommen. Daß dieser Polizeieinsatz nur unter öffentlichem Druck zustande gekommen war, wurde schnell klar. Antifaschistische DemonstrantInnen wurden schon 30 Kilometer vor Bischofferode abgewiesen. Um die Koordination mit anderen Antifa-Konvois zu erschweren, sind sogar Telefonkarten aus den Funktelefonen gezogen worden.

Pakt mit der Polizei

In die Nähe des besetzten Kaliwerkes in Bischofferode, deren Betriebsrat sich von der Aktion der FaschistInnen am Sonnabendvormittag distanzierte, kam kaum jemand.

Darauf vorbereitet, setzten die Rechtsextremen ein Alternativkonzept um. Koordiniert über vier Funktelefone - z.T. mit Codewörtern - gelang ihnen ein Sammeln auf einer Autobahnraststätte in der Nähe von Kassel. Nach kurzen Verhandlungen zwischen der Polizeiführung und dem Vorsitzenden der "Freiheitlichen Arbeiterpartei" (FAP), Friedhelm Busse, wurde eine Abmachung getroffen. Busse erklärte, der Nazikonvoi wolle zu einer Kundgebung der "Deutschen Volksunion" (DVU) nach München fahren. Tatsächlich glaubte ihm der Einsatzleiter - oder es war ihm egal. Am selben Tag fand zwar ein Parteitag der DVU in München statt, dieser ging jedoch schon zwei Stunden vor diesen Verhandlungen zu Ende. Eine Kundgebung, die die FaschistInnen sowieso erst gegen 21 Uhr hätten erreichen können, war in München weder angemeldet noch geplant.

Die FaschistInnen durften ungestört wieder auf die Autobahn fahren. Begleitet wurden sie von 60 BeamtInnen, die mit ihren Fahrzeugen zum Teil zwischen den mit FAP-Emblemen beklebten Autobussen fuhren.

Etwa 500 AntifaschistInnen folgten diesem schwarz-braunen Konvoi - bis zur Autobahnabfahrt Fulda-Nord. Während die FaschistInnen von der Polizei in die 55 000 EinwohnerInnen zählende Kleinstadt hineinbegleitet wurden, hielten 150 zur Verstärkung geholt Einsatzkräfte die antifaschistischen GegendemonstrantInnen auf.

Einmarsch in Fulda

Die Polizei begleitete die ca. 500 deutschen und ausländischen Faschisten (und einige Faschistinnen) vom Bus-Sammelplatz auf ih-

Viertelstunde von der Polizeileitung davon überzeugen, daß mit dem "Protest" auch mal Schluß sein müsse. Wie es hieß, sollen die Faschos die Polizei darum gebeten haben, weil ihre sonst so gepflegte militärische Dis-



Neonazi-Kundgebung am Samstag auf dem Domplatz in Fulda

rem Marsch durch die Fuldaer Innenstadt zum Domplatz. Kurze Zeit später wehten dort die Fahnen von FAP, NPD, JN, NL, etliche Reichskriegsflaggen und auch Fahnen mit der Wolfsangel. Den Schutz der Kundgebung übernahmen neben ein paar locker formierten PolizistInnen fascho-eigene Ordner, darunter der ehemalige NF- und heutige DL-Aktivist Meinhard-Otto Elbing und Norbert Weidner von der Bonner FAP. Die Verhandlungen mit der Einsatzleitung der Polizei, die in sehr entspannter Atmosphäre verliefen, führte der Polacek-Zögling Thorsten Heise (FAP Niedersachsen). Daß Heise auf seiner Mütze das SS-Totenkopfabzeichen trug, war für die Polizeiführung überhaupt kein Grund zum Einschreiten.

Nach etwa der Hälfte der Reden, die teilweise unverständlich blieben, weil sie über Megaphone gehalten wurden, begannen die Domglocken zu läuten. Die Kirchleute wollten so ihren Unmut über den Naziauftritt zeigen, ließen sich aber nach etwa einer

ziplin den Bach runtergegangen wäre. Eine ganze Reihe von Kameraden und Kameradinnen schienen doch schon recht erschöpft von den endlos langen Kampfreden ihrer "Führer" und verließen den Kreis.

Am Schluß der Kundgebung, die ohne jegliche Störungen durchgezogen werden konnte, forderte Friedhelm Busse seine GesinnungskameradInnen auf, der Auflage der Polizei nachzukommen und jede Vermummung zu unterlassen. Schließlich habe man im Gegensatz zu den "linken Chaoten" nichts zu verbergen. Es folgte die Aufstellung in Vierer-Reihen, der Marsch setzte sich mit dem Absingen der drei Strophen des Deutschlandliedes durch die Innenstadt in Bewegung. Die wenigen anwesenden AntifaschistInnen wurden von der Polizei abgedrängt.

Rassistische und faschistische Parolen grölend, zog der Pulk zum Sammelplatz. Unter den Augen der Fuldaer BürgerInnen, die das Spektakel teils ungläubig, teils gleichgültig,

aber auch empört beobachteten, zog der Konvoi, von Polizeikräften begleitet, wieder aus der Stadt. Die Nazis hinterließen nicht nur Zorn und Unverständnis, sondern auch Hakenkreuzaufkleber, von der NSDAP-AO aus den USA auf dem Domplatz: "Fight crime - deport niggers".

Auffällig war, daß in Fulda Teile der militanten RechtsextremistInnen fehlten. So waren Mitglieder der verbotenen "Deutschen Alternative" (DA) um den Cottbuser Frank Hübner und auch das "Deutsche Hessen" von Heinz Reisz nicht präsent. Auch Ewald Althans erschien nicht. In den frühen Morgenstunden versammelten sich vor seinem Münchener AVÖ-Büro 80 Personen, um gemeinsam zum Heß-Gedenkmarsch zu fahren. Daraus wurde jedoch nichts, da sich die Fahrer der angemieteten Busse geweigert haben sollen, die FaschistInnen zu transportieren.

Dezentrale Antifa-Aktionen

Neben den AntifaschistInnen, die dem Nazi-konvoi folgten und damit ein längeres Versammeln der FaschistInnen und somit eine noch größere Kundgebung verhinderten, gab es weitere Aktivitäten gegen Rechts. Im niedersächsischen Duderstadt demonstrierten mehrere hundert Menschen gegen die alljährlichen Heß-Gedenkmärsche. Zweihundert, vor allem jugendliche TeilnehmerInnen kamen in Weimar zu einem antifaschistischen Friedensfest zusammen, das unter dem Motto "Kein Vergeben ! Kein Vergessen !" stand. Redner von DGB, SPD, der autonomen Antifa und der PDS sprachen sich für ein stärkeres Zusammengehen gegen die anwachsende neofaschistische Gefahr aus. So forderte PDS-Vorstandsfrau Marquard, die "Versammlungs-, Vereinigungs- und Publikationsfreiheit der Neonazis wirksam in Frage zu stellen" und ihr Vordringen in Strukturen der Jugend- und Sozialarbeit zu stoppen, sie zu boykottieren und zu isolieren. Im Vorfeld dieser genehmigten Kundgebung wurden auf den Anfahrtswegen Polizeiflugblätter verteilt, in denen es hieß: "Die Versammlung, an der sie teilnehmen wollen, ist ... verboten worden." Bei Zuwiderhandeln wurde eine Geldbuße bis zu 1000 DM

angedroht. Ein Vertreter der Landespolizei hat sich später für den "irrtümlichen" Einsatz der Flugblätter entschuldigt. Sie seien lediglich für die zu erwartenden RechtsextremistInnen gedacht gewesen.

Lange Vorbereitungen

Der diesjährige Heß-Gedenkmarsch wurde schon seit mehreren Monaten vom "Wunsiedel-Komitee" unter Führung des Hamburger Neonazis Christian Worch vorbereitet. Worch schrieb schon Wochen vorher in einem internen Rundschreiben, daß die gegenwärtigen Bedingungen nicht "zu unseren Gunsten" stehen. Aber auf eines setzte er: "Vorteilhaft ist möglicherweise, daß durch den mißglückten GSG-9 - Einsatz in Bad Kleinen und den mutmaßlichen 'Hinrichtungsschuß' auf den Terroristen Grams der bisherige Verbotsmann Seiders durch Kanther abgelöst worden ist."

Öffentliche Reaktionen

Die Reaktion der regierenden Parteien auf den Naziaufmarsch in Fulda waren in erster Linie eine Instrumentalisierung. So nahm Ulrich Maurer, Landesvorsitzender der baden-württembergischen SPD, seine Fuldaer ParteikollegInnen kritiklos in Schutz. Er redete sogar von einem "erfolgreichen Wochenende für die Polizei". CDU-Generalsekretär Hintze fragte dagegen die SPD, ob das Vorgehen in Fulda in Zukunft Parteilinie sei. Die Vorgänge in Fulda haben zu einigen Strafanzeigen geführt. Die Anzeigen von der Bundestagsabgeordneten der PDS/LL, Ulla Jelpke, und einer Einzelperson aus Wiesbaden gegen den zuständigen Polizeidirektor werden allerdings sicherlich kaum zu Verurteilungen führen. Von der Staatsanwaltschaft selbst mußten angesichts der öffentlichen Proteste Ermittlungsverfahren gegen führende Neonazis aufgenommen werden. Aber auch hier sollte eher von einer Verschleppung der Verfahren ausgegangen werden als von einem Interesse an der Verurteilung neofaschistischer Taten.

Arbeitsteilung

Die Strategie der Polizei am 14. August war deutlich sichtbar, und der Staatssekretär im hessischen Innenministerium Kühlenkampff, sagte dies auch. Hauptziel sei es gewesen, "eine Konfrontation zwischen Rechtsextremisten und Linksextremisten zu verhindern." Dies sei auch "erreicht worden". Jegliche Hoffnung auf ein staatliches Vorgehen - wenigstens gegen den militanten Rechtsextremismus - ist vergeblich. Vielmehr braucht ein Staat, der ja erst kürzlich den Rechtsau-

ßen Kanther als Innenminister einberufen hat, Aufmärsche wie den in Fulda, um seine Politik des Demokratie- und Sozialabbaus und gleichzeitigen weiteren Ausbaus der Regressionsapparate besser durchsetzen zu können. Insofern herrscht Arbeitsteilung zwischen der Bundesregierung und den RechtsextremistInnen. Daß dabei auch das rotgrüne Hessen mitspielt, sollte eigentlich niemanden mehr verwundern.

(aus: **Antifaschistische Nachrichten**
18/1993)

Resolution

für die sofortige Freilassung des inhaftierten Antifaschisten Jürgen

Am Freitag, den 16.07.1993, fand in Hungen-Inheiden ein Konzert statt, das von der antifaschistischen Jugend des Ortes organisiert wurde. Mit dieser Veranstaltung wollten die OrganisatorenInnen ein Zeichen gegen den wachsenden Rechtsradikalismus und die vorhandene Ausländerfeindlichkeit in ihrer Region setzen. In den vergangenen Monaten kam es in dieser Gegend wiederholt zu Angriffen und Anschlägen gegen AusländerInnen und Andersdenkende.

Im Verlauf des ganzen Abends kam es mehrfach zu Provokationen von Seiten der Neonazis; diese versuchten, abreisende KonzertbesucherInnen zu überfallen und anzugreifen. Dank der entschlossenen antifaschistischen Gegenwehr konnten diese Angriffe verhindert werden.

Dies versucht die Polizei, unterstützt von der örtlichen Presse, gezielt in eine andere Richtung zu lenken. Sie behaupten, daß es sich bei den eindeutig von ortsansässigen Menschen als Faschisten identifizierten Personen um unbeteiligte Passanten gehandelt habe. Wie billig und primitiv diese Lüge ist, wird deutlich, wenn mensch sich die Namen der sog. Zeugen/Opfer einmal näher anschaut. Bei beiden (Schneiderbauer/Reitz) handelt es sich um Personen, die im Zusammenhang mit diversen neonazistischen Aktivitäten in der Region Hungen bereits auffällig geworden sind. So verteilte Schneiderbauer wiederholt Propagandamaterial der verbotenen Nationalistischen Front (NF). Trotz dieser Tatsachen, die auch der Polizei bekannt sein dürften, sitzt Jürgen nur auf Grund von Aussagen der beiden Nazis in Untersuchungshaft.

Wir fordern die sofortige Freilassung des Antifaschisten Jürgen!!!

Spendenaufruf zur Finanzierung der Untersuchungsarbeit:

M.St."Anna Schie" Konto-Nr. 304801372 BLZ. 50050201

Sparkasse 1822 Frankfurt, Verwendungszweck: Prozesse

Soligruppe

c/o Cafe Exzess Leipzigerstr. 91, 60487 Frankfurt/M

Kopieren-Weitergeben-Zurückschicken-Kopieren-Weitergeben

Unterschrift: Gruppe/Organisation

Wir/Ich bin mit der Veröffentlichung einverstanden: JA/NEIN

BAD KLEINEN

Der gewöhnliche Staatsterrorismus

Seit dem 26. Juni ist kaum ein Tag vergangen, an dem nicht in den Medien zu den Vorgängen auf dem Bahngelände des mecklenburgischen Städtchens Bad Kleinen Geschichten, Gerüchte und Spekulationen verbreitet worden wäre.

Was wissen wir über die Geschehnisse dort tatsächlich? In der jüngsten Ausgabe von "Bürgerrechte & Polizei, CILIP 45" heißt es (in der bis Ende Juni gehenden "Chronologie"):

"27.06: Während eines Schußwechsels bei der Festnahme der mutmaßlichen RAF-Mitglieder Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams wurden im mecklenburgischen Bad Kleinen Grams und ein GSG-9-Beamter getötet. Laut Zeugenaussagen soll Grams mit einem aufgesetzten Kopfschuß erschossen worden sein. Aufgrund der Vorwürfe tritt Bundesinnenminister Seiders am 4.7. zurück. Einen Tag später wird Generalbundesanwalt v. Stahl entlassen."

Zunächst wurde die Aktion als ein großer Fahndungserfolg propagiert, indem die Verhaftete und der Getötete zu Top-Terroristen hochstilisiert wurden. Es war Prophylaxe, die von dem Mangel an Koordination zwischen den beteiligten Mannschaften von GSG 9 und Bundeskriminalamt (BKA) ablenken sollte. In einem Nebenschlag kann man dabei dann wieder die linke RAF für brandgefährlich erklären und die Mordbrennereien von faschistischer Seite aus dem Rampenlicht herausziehen. (Klar doch, wer es auf die wertvollen Spitzen von Staat und Wirtschaft absieht, ist ja auch viel gefährlicher als der, der nur ein paar Nichtdeutsche, Behinderte, Obdachlose oder sonstige nutzlose Leute abmurkst. Und wenn er sich mal ein bißchen dabei vertut, sind beim Hobeln eben Späne gefallen. In Fulda beispielsweise hat "man" dafür viel Verständnis; Polizeibeamte können sich dort ganz kollegial mit FAP-Organisatoren usw. dem Fernsehen präsentieren.)

Bis zum 4. Juli ist beispielsweise nicht klar, wer den GSG-9-Beamten Michael Newrzella erschossen hat. In verschiedenen Zeitungen kursiert zunächst die Darstellung, er sei von einem Querschläger tödlich getroffen worden, dessen Herkunft unklar sei. Auch die

Darstellung, Birgit Hogefeld habe den tödlichen Schuß abgegeben, geht über zumindest ein öffentliches Medium. Das wird aber kurze Zeit später wieder verworfen, da sie schon vor der Schießerei überwältigt worden war. Inzwischen haben sich die "Ermittler" darauf verständigt, Wolfgang Grams zu einem Mörder zu erklären, zumal sein Gegenüber nicht einmal die Waffe gezogen haben soll. Aber auch sonst wäre er dazu erklärt worden, weil ein Polizist in Ausübung seines Dienstes eine sakrosankte Figur ist, gegen die es Notwehr nicht geben kann. Das Gewaltmonopol hat ja - mal abgesehen von den "schwarzen Sheriffs" - der Staat. Von einer neuerlichen Obduktion der Leiche des bereits vor dieser "Erkenntnis" bestatteten GSG-9-Mannes ist allerdings nichts bekannt geworden.

Von offizieller Stelle wird versucht, den Tod von Grams als Folge eines Selbstmordes darzustellen.

Eine aus rund 2000 Personen gebildete Protestdemonstration in Wiesbaden wird von einem etwa ebenso starken Polizeiaufgebot "begleitet". Ein Bruder des getöteten Wolfgang Grams bestreitet in einer Rede die Selbstmordversion und wirft den Fahndern Mord und der Regierung den Versuch vor, diesen zu vertuschen. Gegen 2

Grauzone

Oerweg 53, Recklinghausen 02361 - 27504

Cafe' - Kneipe
täglich geöffnet
ab 19.⁰⁰ Uhr

Montag - Freitag zusätzlich
öffnet von
9.³⁰ bis 14.⁰⁰ Uhr
Jeden Sonntag
Frühstück

Dienstags: Lesbengruppe
"Towanda", Recklinghausen
ab 21.⁰⁰ Uhr

Mittwochs: "Happy Hours"
von 21.⁰⁰ - 0.⁰⁰ Uhr
Jeder Longdrink nur 2,80 DM

Veranstaltungskalender September - Oktober 1993

SA, 18.09.1993
Camarillo Brillo (Blues)

SA, 02.10.1993
Rain Minister (Gitarrenpop)

SA, 16.10.1993
Mark these words (Independent)

SA, 30.10.1993
Kirk Boint (Pop)

GSG-9-Männer läuft ein Mordermittlungsverfahren, das von den Eltern Grams angestrengt worden ist. Einem Beschuldigten fällt angeblich beim Scheißen ein Beweismittel, eine Patrone in seiner Hosentasche, aus einem Loch in derselben ins Klo und steht daher nicht mehr als Beweismittel zur Verfügung, weil sie inzwischen durch Harnsäure von Blut "gereinigt" worden sein dürfte. Um nur ein paar "Merkwürdigkeiten" in Erinnerung zu rufen.

Der frühere GSG-9-Chef Wegener dagegen erklärt in der Talkshow "Life", er verstehe nicht, wieso um den Mörder Grams so viel Aufhebens gemacht wird, während von dem Ermordeten Newrzella in den Medien kaum die Rede sei. Damit knüpft er populistisch an der bei politisch Rechtsstehenden verbreiteten Haltung an, mit solchen Leuten dürfe man nicht viel Federlesens machen. Die Behauptung jedoch, innerhalb der GSG 9 existiere eine Übereinkunft, jemanden, der einen Kollegen auf dem Gewissen habe, nicht lebend vom Platz zu lassen, weist er als eine böswillige Unterstellung von sich.

So ganz unplausibel erscheint aber ein solches Gerücht nicht, wenn man bedenkt, daß die GSG 9 etwa auch an der Ausbildung türkischer Spezialeinheiten mitgewirkt hat, zu deren Repertoire es gehört, Gegner des türkischen Staates "tot gefangenzunehmen". Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist.

Jede der offiziellen Versionen des Tathergangs wird durch den Generalbundesanwalt von Stahl, dem die GSG 9 zugeordnet ist und der für die Fahndung hauptverantwortlich ist, zunächst in der Öffentlichkeit mit Vehemenz, aber wenig Überzeugungskraft bis hin zur Lächerlichkeit vertreten. Der für die Exekutive und damit zumindest für das an der Aktion beteiligte BKA verantwortliche Bundesinnenminister Seiters dagegen hält sich zunächst "bedeckt", bis er plötzlich durch seinen Rücktritt die Flucht nach vorn antritt und damit einer Kritik an seiner Rolle zuvor kommt. Er macht damit einem Platz, dem der Ruf vorausseilt, ein "U-Boot der Republikaner" zu sein. Tags darauf wird der geschwätzige Generalbundesanwalt abberufen, nachdem ihm tags zuvor seine Dienstherrin,

Bundesjustizministerin Leutheuser-Schnarrenberg, noch öffentlich ihr Vertrauen bekundet hat.

Zum Zeitpunkt, wo ich das schreibe, ist von dem neuen Bundesinnenminister Kanther gerade ein Bericht vorgelegt worden, der 17 Pannen bei dem Verhaftungsversuch in Bad Kleinen auflistet. Kanther kann keinen Vertuschungsversuch erkennen. Zumindest vier der genannten Punkte kommen mir aber reichlich merkwürdig vor: Die Waffe eines verletzten GSG-9-Beamten wird erst eine Woche nach dem Einsatz "asserviert". Bei der bereits mit Handschellen gefesselten Birgit Hogefeld werden erst bei ihrem Abtransport eine Waffe und zwei Magazine im Hosenbund entdeckt. Angeblich weil Grams noch nicht 100prozentig identifiziert war, wurden an seinen Fingern erkennungsdienstliche Maßnahmen vorgenommen, die eventuell vorhanden gewesene Schmauchspuren verwischt haben könnten. Die Zeugenaussage einer Kioskbeschäftigten, der zufolge ein GSG-9-Mann auf den am Boden liegenden Grams geschossen hat, wurde zunächst nicht berücksichtigt.

Die ersten beiden "Pannen" lassen zumindest den Verdacht zu, daß hier Waffen vertauscht bzw. untergeschoben worden sein könnten. Die dritte "Panne" mutet angesichts des in Begleitung der Verfolgten befindlichen V-Mannes Klaus Steinmetz wenig glaubhaft an. Sollte dieser keine Gelegenheit gehabt haben, seinen Auftraggebern mitzuteilen, mit wem sie es zu tun hatten? Oder hat er gar selbst Grams erschossen? Jedenfalls wurden von daher den Spekulationen über Handlungen von Wolfgang Grams Tür und Tor geöffnet. Daß die Kioskbeschäftigte mit ihrer Aussage zunächst ins Abseits gestellt wurde, kann sehr wohl damit zusammenhängen, daß das Bild der GSG 9 in der Öffentlichkeit nicht noch mehr in Mißkredit gebracht werden sollte. Die Aufklärung eines Mordes erschien den Ermittlern im Verhältnis dazu offenbar zweitrangig. Mit dem Bild von Staatorganen, deren Angehörige Morde begehen und vertuschen, soll die Öffentlichkeit wohl noch "verschont" bleiben, um nicht den Eindruck von durch die Exekutive ausgeübter "Justiz" aufkommen zu lassen. Da die Zeugin

ihre Aussage bisher nicht zurückgezogen hat und ein plötzlicher Tod derselben zu verdächtig aussähe, bleibt nur noch die Wahl, sie als unglaublich in Erscheinung treten zu lassen.

Die "Pannen", die darauf zurückgeführt werden, daß bei dem gemeinsamen Vorgehen von GSG 9 und BKA sowie dem angeblichen Kompetenzwirrwarr von Staatsanwaltschaften "viele Köche den Brei verdorben" haben könnten, erscheinen mir dagegen nebensächlich. Mit Ausnahme dessen, daß der erschossene Beamte "aus Gründen der Tarnung" keine Schußweste getragen haben soll: Die Uniform hat er wohl auch nur zur Tarnung getragen, oder? Auch der V-Mann war nicht darüber unterrichtet, daß er bereits enttarnt war, und hatte sich schon wieder in die "Szene" begeben. Er will von alledem, was da abgelaufen war, nichts gewußt haben.

In diesem Zusammenhang dürfte sicher von Interesse sein, was für eine Rolle er wohl bei zahlreichen Hausdurchsuchungen gespielt haben mag, die kurz zuvor in mehreren Städten Deutschlands stattgefunden hatten, unter anderem auch in Dortmund in der Ofenstraße. Dort sah sich der Polizeipräsident hinterher genötigt, sich bei den erkennungsdienstlich behandelten neun Personen öffentlich zu entschuldigen.

Natürlich wird die Staatsgewalt derartige "Pannen" dahingehend auszuwerten trachten, es künftig "eleganter" zu machen.

Jedenfalls ist in Punkten, die für die Rekonstruktion des Tathergangs von zentraler Bedeutung sind, statt saubere Polizeiarbeit zu leisten, gefuscht worden, und dazu noch an höchster Stelle. Dabei eine Vertuschungsabsicht nicht sehen zu wollen, zeugt nicht einfach von "Blauäugigkeit", sondern ist ein Indiz für die Wertmaßstäbe, nach denen die Regierung Kohl/Kinkel ihre Leute aussucht.

Das in angeblich neutrale Hände (Zürcher Gerichtsmedizin) gelegte Gutachten betreffend den Tod von Wolfgang Grams liegt bis heute (21.8.) nicht vor. Folglich haben wir es noch immer nicht mit einem abschließenden Bericht zu tun. In der Rolle der "neutralen Gutachter" haben sich Schweizer Behörden für die BRD schon wiederholt empfohlen. Man denke nur an den angeblichen

Selbstmord von Ulrike Meinhof oder an den angeblichen gemeinsamen Selbstmord der im Hochsicherheitstrakt von Stammheim in Einzelzellen untergebrachten Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Karl Raspe zurück.

Meine persönliche Meinung:

"Einer für alle, alle für einen." Da könnten sich die Aufklärer die Zähne ausbeißen, wenn nicht diese "dumme Kuh" von dem

Kioks was gesehen hätte und wenn es nicht diese dämlichen Schmauchspuren am Kopf von Grams gäbe. Aber das kann doch nur Selbstmord gewesen sein, auch wenn die Waffe etwas weit weglag, oder? Und dazu noch auf der Seite der falschen Hand. Hat vielleicht mal einer mit dem Fuß dran gekickt. Honi soit qui mal y pense! (Ein Lump, wer Böses dabei denkt!)

Klaus Dillmann

KURDISCHER JOURNALIST ZUR THERAPIE IN DEUTSCHLAND

Burhan KARADENIZ, Journalist der Tageszeitung "Özgür Gündem", befindet sich seit dem Attentat auf ihn im Herbst vergangenen Jahres nun ein zweites Mal in Deutschland.

Durch den Spendenaufruf von **HEVRA e.V.** sowie mittels der Hilfe zahlreicher JournalistInnenverbände war es möglich geworden, die ersten Schritte zur notwendigen Rehabilitation in der Dörenberg-Klinik in Bad Iburg durchzuführen. Seit den Schüssen durch türkische Kontraguerrillas ist der 24jährige Journalist querschnittsgelähmt. Schon einmal wurde er in Deutschland behandelt, doch bei der Rückkehr in die Türkei wurden ihm am Flughafen sein Rollstuhl und sein Toilettenstuhl wegen "zollrechtlicher Bestimmungen" abgenommen. Eine notwendige Weiterbehandlung, um sein Muskelzittern unter Kontrolle zu bringen, scheiterte an der Situation des Gesundheitswesens in den kurdischen Provinzen. Nun soll in einer Osnabrücker Neurologie durch das Implantat einer Pumpe versucht werden, den Tremor zum Stillstand zu bringen. Durch die Einpflanzung der Pumpe sollen wichtige Medikamente direkt an die Nervenbahnen herangeführt werden. Sowohl die Ärzte als auch der gelähmte Journalist geben sich im Hinblick auf die Chancen zuversichtlich. Karadeniz schreibt vom Krankenbett aus weiter für "Gündem" und hofft, nach den überstandenen Eingriffen nach Diyarbakir zurückkehren zu können. Nach dem Eingriff kommt Burhan wieder in die Rehabilitationsklinik in Bad Iburg, wo mit den ersten Gehversuchen auf Krücken begonnen werden soll. Ende Mai noch hatte er vom "zeitgenössischen JournalistInnenverein" in Ankara stellvertretend für seine Tageszeitung "Özgür Gündem" eine Auszeichnung entgegennehmen dürfen. Die Zeitung ist mittlerweile seit Juli durch das türkische Verfassungsgericht verboten, erscheint jedoch inoffiziell weiter.

Für den operativen Eingriff werden nochmals etwa 9000 DM benötigt. Kontakt und weitere Spenden für die Behandlung von Burhan Karadeniz sind möglich über:

Duisburger Initiative: Menschenrechte für Kurdistan/HEVRA e.V.,

Am Burgacker 14-16,

Tel.: 0203-2951118, Kto.: Stadtparkasse Duisburg Nr. 209 001

528, BLZ 350 500 00,

Stichwort: Burhan Karadeniz.

ZUR NORMALITÄT DER "FREMDENFEINDLICHKEIT"

Die terroristische Variante des Rassismus, die in der BRD beschönigend Fremdenfeindlichkeit heißt, produziert fast täglich Tote. Die Empörung in Gesellschaft und Politik ist groß. Betroffenheitsbekundungen sind von allen Seiten zu hören. Schnell wird der Rechtsextremismus allein arbeitslosen Jugendlichen zugeschrieben. Dies erklärt aber nicht die strukturellen Ursachen und Bedingungen des Rassismus. Indem das Problem an den Rand der Gesellschaft verlagert wird, spricht man/frau sich von eigener Verantwortung frei. Rechtsextremistisches Gedankengut, beginnend bei der Sortierung nach In- und AusländerInnen, und die fehlende rechtliche Gleichstellung von Nicht-StaatsbürgerInnen, bis hin zur Abschottung der Grenzen und einer Abschiebepaxis, die der Gewalt jugendlicher Rechtsextremisten an Brutalität kaum nachsteht, wird trotz ihrer rassistischen Begründungen in diesem Zusammenhang kaum genannt. Parallel dazu fand eine Asyl-Debatte statt, die sich von Fakten völlig löste und durch die Medien eine beispiellose Hetzkampagne gegen Asylsuchende transportierte.

Die in diesem unserem Kapitalismus produzierte und durch die Krise verstärkte Arbeitslosigkeit, ein bewußt herbeigeführter Wohnungsmangel und fehlende Ausbildungsplätze führen zu Verteilungskämpfen. Die errungenen Privilegien werden gegen die Ausgegrenzten (Flüchtlinge, SozialhilfeempfängerInnen, Arbeitslose und Behinderte) "verteidigt". Wobei die Herkunft dieser Privilegien unhinterfragt bleibt. Sowohl die innere Spaltung unserer Gesellschaft (Zwei-Drittel-Gesellschaft) und die Auspressung der "Dritten Welt" als auch die in gewerkschaftlichen Kämpfen errungenen Erfolge können so Grundlage sein für Wohlstands-Chauvinismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen.

Dem Konkurrenzdenken entsprechend und wie in der Ellbogengesellschaft üblich, werden nicht die Gründe, die zum Rassismus führen, erkannt, sondern die zur Verfügung stehenden Schwächsten verantwortlich gemacht. Insoweit erfüllt der Rassismus seine Funktion, indem er von den durch die "soziale Marktwirtschaft" hervorgerufenen Problemen ablenkt und vor Hunger, Folter und Tod fliehende Menschen in eine Verantwortlichkeit drängt, durch die diese zur Ursache allen Übels gemacht werden sollen. Wie widersprüchlich eine solche Argumentation ist, zeigt sich unter anderem daran, daß sehr wohl die Möglichkeit der Integration "Nicht-Eingeborener" verstärkt geschaffen werden soll, sofern diese nützlich sind, das heißt, sich in das Konkurrenzsystem Arbeitsmarkt erfolgreich als (billige) Arbeitskräfte einbinden lassen.

Die terroristische Variante des Rassismus wird allseits verurteilt, nicht nur, da hier brutale Gewalt gegen Menschen angewendet wird, sondern wegen der negativen Auswirkungen für den Exporterfolg der BRD-Wirtschaft und der (tatsächlich auch stattfindenden) Ermordung von nützlichen, verwertbaren Nicht-Eingeborenen. Die Tötung von Flüchtlingen stellt hingegen nichts anderes dar als eine Fortsetzung der Regierungspolitik mit militanten Mitteln.

Es kommt darauf an, die sozialen Unterschiede hier in der BRD, aber auch im internationalen Maßstab zu beseitigen.

Solidarität mit allen Ausgegrenzten, für eine solidarische, soziale und gleiche Gesellschaft !

Wehrt Euch gegen menschenfeindliche Sprüche !

Bekämpft Vorurteile bei Euch selbst, bei Euren Nachbarn, KollegInnen und

FreundInnen, bei der Arbeit und privat !

Schützt Eure Mitmenschen, greift ein !

Wer schweigt, stimmt dem Morden zu !

KARSTEN SCHNEIDER (MARBURG)

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR GEWERKSCHAFTLICHE FRAGEN (AGF)

WEHRT EUCH !

Solidaritätskonzert des Antifaschistischen Bundes (AFB)

Am 25. Juni 1993 veranstaltete der Antifaschistische Bund (AFB) ein weiteres Antifa-Solidaritätskonzert im Ruhrgebiet. Veranstalterin war die örtliche AFB-Gruppe.

Unter dem Motto "Hoyerswerda, Mölln., Rostock, Solingen...Jetzt reicht's - Wehrt Euch!" fand die Veranstaltung im Wanner "Haus der Jugend" statt.

Das Konzert war, was die auftretenden Bands betrifft, ein voller Erfolg:

"Endziel Selbstzerstörung" aus Marl, "Maghazi" aus Herne, "Horla" aus Bochum und "Exalted Parsley" aus Recklinghausen sorgten für hervorragende Stimmung.

Leider war die Resonanz, was die ZuschauerInnenzahl betrifft, nicht ganz so toll. Zwar waren zeitweilig bis zu 200 Leute im Saal, aber bei der "Endabrechnung" stellte sich heraus, daß "nur" 125 zahlende Leute dagewesen waren.

Die VeranstalterInnen hatten schon mit 300 Leuten gerechnet - Schade !

Denn für den Eintrittspreis von 5 DM wurde von den vier Gruppen doch einiges geboten.

Vor allem die Herner Gruppe "Maghazi" hatte einen tollen Auftritt - allerdings waren sie wohl auch die "Lokalmatadore" und zogen schon deshalb das meiste Publikumsinteresse auf sich.



Insbesondere bei ihren Texten, aber durchaus auch bei den Stücken der übrigen Bands, wurde deutlich, daß diese das Konzert nicht als ein vollkommen unpolitisches ansahen, sondern als Bestandteil des gemeinsamen antifaschistischen Kampfes.

Auch diesmal war der organisatorische Rahmen durch die Mitglieder des AFB, die aus Marl und

Recklinghausen von den dortigen Gruppen unterstützt wurden, gut vorbereitet - kleinere Mängel gibt es natürlich immer.

So gab es trotz der Tatsache, daß der AFB einen finanziellen Verlust von knapp 300 Mark ausgleichen mußte, bei allen den festen Wunsch:

Es werden weitere Soli-Konzerte veranstaltet.

Und das nächste ist auch schon in Planung:

**Es wird stattfinden am Freitag, dem 12. November,
im HOT Hagenbusch in Marl, Rappaportstraße 12.**

"UND WENN WIR UM ETWAS MEHR RÜCKSICHT BITTEN, SCHMEISSEN DIE ASYLBEWERBER UNS DIE FENSTER EIN!"

**Rassistische "Bürgerinitiative gegen Asylanten" macht mobil -
wie das Klima für künftige Brandanschläge geschaffen wird**

Seit einigen Monaten macht in Marl - bekannt durch den Adolf-Grimme-Preis und die Chemischen Werke Hüls - eine Bürgerinitiative auf sich aufmerksam, deren Vorgehen kaum noch von faschistischen Organisationen unterscheidbar ist. In der Marler Brüderstraße ist angeblich "die Hölle los".

"Es ist kurz vor Mitternacht. Aber vorm Asylantenheim ist die Hölle los. Lautstark streiten sich Serben und Kroaten. Roma-Kinder donnern mit gestohlenen Einkaufswagen gegen die stählernen Müll-Container. "Ruhe, ich muß morgen früh um 5 Uhr zur Arbeit", beschwert sich ein deutscher Anwohner. Die Antwort von einem halbwüchsigen Zigeuner: "Halt's Maul, sonst komme ich hoch und ficke deine Frau!" "

Derart gutgelaunt beginnt eine **"Deutsche Reportage"**, die in der beliebten Wochenzeitschrift **"praline Unsere Illustrierte"** veröffentlicht wurde.

In annähernd vier Spalten wird eine bunt gemischte Anzahl an Lügen, Übertreibungen, Vorurteilen und rassistischen Diffamierungen größter Form zusammengemischt, die allesamt den Tatbestand der Volksverhetzung und der Aufstachelung zum Rassenhaß erfüllen.

Initiiert wurde diese "Reportage" von deutschen Anwohnern der Brüderstraße, die angeblich von den Asylbewerbern in übelster Form ihrer Rechte beraubt, bestohlen, beleidigt, um den Schlaf gebracht werden und inzwischen "sich in Deutschland als unterdrückte Minderheit" fühlen. Ja, wenn die Meinung von einigen dort zutrifft, haben die Asylanten in Deutschland die Macht übernommen und beuten die Deutschen schamlos

aus: "Günter P. (62), Rentner, schwer herzkrank, sagt: "Auf dem Amt haben sie uns gesagt, daß bei uns nur Scheinasylanten untergebracht sind. Die fahren mit dem Taxi einkaufen, gehen in Restaurants feiern und sind pausenlos mit Fernseher oder Videoanlagen beladen. Ein Ehepaar von denen kriegt 900 Mark Sozialhilfe. Dazu Kleider, Miete und Versicherung frei. Von meiner Rente bleiben nur 750 Mark zum Leben übrig. Die Scheinasylanten haben doch mehr als wir - da kriegst du doch die Wut!" (in: praline, ebd.) Das ist schon schlau gemacht: "Auf dem Amt haben sie uns gesagt" - klar, das können die deutschen Anwohner ja nicht wissen, das müssen sie ja auf "dem Amt" erfahren haben, auf dem Ordnungsamt nämlich, wo sie sich wohl seit Monaten beschwerten, doch dazu später mehr.

Und weiter gehts mit dem "gesunden Volkszorn":

"Horst R. (44), Tiefbau-Facharbeiter, empört sich: "Ich muß morgens um halb fünf hoch und brauche meinen Schlaf. Doch wenn man sich bei den Asylanten über den Krach beschwert, meinen die nur frech: "Ja, geh brav arbeiten, du deutsches Arschloch, damit wir unsere Sozialhilfe kassieren." (in: praline, ebd.).

Das hat System, wie hier eine "Deutsche Reportage" aufgebaut wird. Es wird die gesamte

Palette der gängigen Vorurteile bedient, scheinbar stellt man sich auf die Seite der kleinen Leute, die "brav arbeiten gehen" - denn nur der ist brav, der arbeitet, schon weniger brav sind streikende Arbeiter - , der beleidigten und unterdrückten Rentner - "schwer herzkrank und von dreckigen Zigeunern beleidigt" - , der älteren Frauen, denen der wenig Sonnenschein genommen wird, der ihnen noch bleibt, und was dem Ganzen die Krone aufsetzt: Selbst die armen deutschen Kinder werden ins Abseits gedrängt, denn:

"Anna R. sagt: "Auf Kindergartenplätze für unsere Kinder kannst du lange warten. Die Zigeuner-Kinder kriegen sofort einen Platz. Und als der Spielbus mal hier war, durften unsere Kinder auch nicht spielen, 'Die sind für Asylantenkinder', hieß es. Da kommt man sich doch verschaukelt vor."

Ein Glück, daß es noch aufrichtige Deutsche wie die ReporterInnen von "praline" gibt, die das ganze mal bekannt machen, "an die große Glocke" binden, damit "die da oben", "die auf dem Amt" endlich handeln, nämlich,

indem sie diese "Scheinasylanten" endlich rausschmeißen, raus aus der Brüderstraße, raus aus Deutschland.

Nun ja, der deutsche Staat ist ja kräftig dabei, insofern können unsere "MitbürgerInnen" in der Brüderstraße Morgenluft wittern.

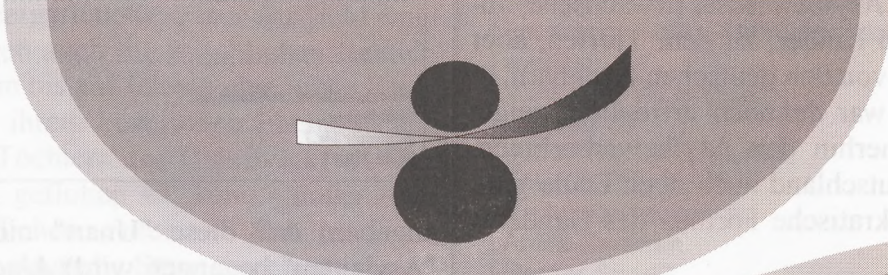
Allerdings, ganz so schnell geht es nicht, die Stadt Marl sieht sich nicht in der Lage, die 170 Menschen aus dem "Übergangsheim" - so die offizielle Bezeichnung der Stadt - einfach anderswo unterzubringen.

Auch die grandiose Idee, einen riesigen Zaun zwischen den Häusern zu errichten, hat (noch ?) keine Unterstützung bei der Stadt und der Kommunalen Wohnungsgesellschaft gefunden.

Insofern ist es durchaus ernstzunehmen, was AFB-Mitglieder in der Nachbarschaft von einem deutschen Jugendlichen hörten: "Wenn mein Vater von einem Asylanten angegriffen werden sollte, den knall ich ab, ich habe eine Waffe !".

Und da die Situation durchaus "Schlimmeres" befürchten läßt, sind Marler AFB-Menschen aktiv geworden. Als erstes wurde

Anzeige



DENİZ
DRUCK & VERLAG

WILFRIEDSTR. 10
47169 DUISBURG
Tel.: 0203 / 40 85 01
Fax: 0203 / 40 69 16

ein Leserbrief in die Marler Zeitung gebracht, der das inhumane Vorgehen der "Anti-Asylanten-Initiative" kritisiert. Denis Müller schreibt:

"Der Gesamteindruck Ihres Briefes ist für uns, daß sie versuchen, das Bild dieser Menschen in der Öffentlichkeit noch weiter zu ramponieren, als es durch die Asylrechtsdiskussion der Politiker und die nachfolgende Abschaffung des Asylrechts ohnehin schon getan wurde" (in: Marler Zeitung v. 28.6.93). Sodann wurden in der Nachbarschaft Gespräche mit deutschen und ausländischen AnwohnerInnen geführt, mit dem Ziel, ein wenig zur Entkrampfung beizutragen. Dazu sollte auch ein "Nachbarschaftstreffen" dienen, das am 24. Juli in der Brüderstraße durchgeführt wurde.

Aber die AFB-Leute mußten erkennen, daß seitens der deutschen Anwohner zur Zeit keinerlei Gesprächsbereitschaft besteht. Der freundlich gemeinte Versuch, bei Kaffee und Kuchen mal an einem Tisch zu sitzen, mögliche berechnete Vorwürfe zur Sprache zu bringen, aber auch die Lage der Flüchtlinge näher kennenzulernen, scheiterte. Zwar kamen etwa 50 Asylbewerber, Erwachsene, Jugendliche und Kinder, zu dem Treffen, aber kein einziger von den deutschen Nachbarn. Das Treffen war dennoch erfreulich, zeigte es doch immerhin den AsylbewerberInnen, daß es in Deutschland auch noch Leute gibt, die für demokratische Formen des Handelns kämpfen.

Klar, es wurde deutlich, und das soll auch nicht verschwiegen werden, daß es am Verhalten einiger Asylbewerber - nicht der Gesamtheit! - berechnete Kritik gibt. Wenn bei sommerlichen Temperaturen draußen bis nach Mitternacht gegrillt wurde, bei lautstarker Musik, und das nicht nur einmal, sondern des öfteren, dann muß man was dagegen unternehmen. Wenn zahlreiche Einkaufswagen vom Einkauf mit nach Haus genommen werden, um sie als ständig benutzbare Hilfe zu nutzen, dann entspricht das nicht dem Zweck dieser Wagen, die ja für alle Kunden zum jeweils einmaligen Einkauf zur Verfügung gestellt werden, jedoch nicht als Ersatz für die Tragetaschen auf dem Weg nach Haus (allerdings muß der ehrliche Deutsche

Anzeige

Kurdistan-Rundbrief

Das Bulletin der Kurdistan- Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage
die aktuellste deutschsprachige Publikation

berichtet

- * aus Kurdistan
- * über die Solidaritätsbewegung
- * von den Kurdenkongressen
- * Dokumente
- * u.v.a.

mindestens 8 Seiten
26mal im Jahr

Jahresabonnement 52,- DM

Buch- und Infoläden bekommen 30% Rabatt, andere Weiterverkäufer bekommen das Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:

GNN-Verlag
Zülpicher Str.7
Postfach 260226
50674 Köln

Überweisungen an:

BfG Köln,
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00
oder an
Postgiroamt Köln,
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

**Hiermit abonniere ich Exemplare des
Kurdistan-Rundbrief**

.....
.....
.....

Ausschneiden u. schicken an:

GNN-Verlag,
Zülpicher Str.7,
5000 Köln 1

zugeben, daß diese "Unart" nicht nur von "Asylanten" begangen wird). Und auch nicht schön ist es, wenn dann die Schlösser der vor dem Haus "geparkten" Wagen von "Asylantenkindern" geknackt und die Mark geklaut wird, die dort zu holen ist.

Nein, bei aller "Liebe für die Asylanten", das ist nicht in Ordnung.

Jedoch, bei allem Ärger, rechtfertigt das etwa ein derart massives rassistisches Hetzen gegen "die Asylanten" ?

Denn es handelt sich um rassistische Hetze, bewußtes Übertreiben, Lügen und Verdrehungen, mit denen hier operiert wird:

Der Streit zwischen "Serben und Kroaten" ist glatt erfunden, es gibt eine einzige Familie aus Kroatien im Haus, keine Serben. Aber:

Serben gegen Kroaten, das hört sich doch schon ganz glaubwürdig an, nicht wahr?

Daß "jede Nacht die Hölle los ist", ist maßlos übertrieben. AFB-Mitglieder waren in mehreren Nächten "vor Ort", um sich selber ein Bild zu verschaffen: es war in allen Nächten völlig ruhig.

Eine besonders perfide Lüge ist die Information über den Spielebus, der "mal hier war". An der ganzen Lügerei ist richtig, daß der Bus früher tatsächlich "mal" in der Brüderstraße "war", verschwiegen wird, daß er jetzt durch eigenmächtigen Beschluß des Busfahrers nicht mehr in die Brüderstraße kommt, obwohl dies jede Woche als fester Termin in der Zeitung angekündigt wird. Man kann nur vermuten, daß der MaKiBu (Marler Kinder Bus) deshalb nicht mehr dorthin fährt, weil die "chaotischen Asylantenkinder" es nicht wert sind, die Spiele zu benutzen.

Dreist auch die Behauptung, Asylantenkinder würden im Kindergarten sofort einen Platz bekommen - hier wird schlicht mit der Tatsache, daß überall zu wenig Kindergartenplätze vorhanden sind, Hetze gegen Asylbewerber betrieben - sie nehmen "uns" die Arbeitsplätze, die Kindergartenplätze und das Geld weg! Dreiste Lügen auch die angeblichen Beleidigungen, denn bis auf Jelena, eine junge Kroatin, die mit ihrem bosnischen Ehemann und ihren zwei Töchtern aus Dubrovnik vor dem Bürgerkrieg geflohen ist, kann - außer einigen Jugendlichen - niemand dort nur zwei vollständige deutsche Sätze sprechen.

Nein, der Satz mit dem "deutschen Archloch, dessen Sozialhilfe" kassiert wird, entstammt fast wörtlich einem Hetz-Gedicht, das von FAP und anderen faschistischen Gruppen verbreitet wird und durchaus auch in der einen oder anderen deutschen Amtsstube aufgehängt wird.

Wie soll es weitergehen?

Der AFB in Marl plant, im Herbst einen zweiten Versuch zu einem Nachbarschaftstreffen zu unternehmen. Dann soll versucht werden, auf breiterer Basis, mit Unterstützung von Kirchenleuten, Asyl-Arbeitskreisen, AWO und Caritas eine Veränderung der Gesamtsituation langfristig herbeizuführen. Hierzu wurde ein Konzept-

Vorschlag vorgelegt, der in der langfristigen Zielsetzung mündet:

"Den Versuch unternehmen, für die AsylbewerberInnen in Deutschland ein menschenwürdiges Leben zu erreichen.

Bei den Deutschen die Bereitschaft zu wecken, mit den AusländerInnen in nachbarschaftlichem Konsens zu leben.

Für die Volksgruppe der Roma entsprechend den Zielen ihrer Interessenverbände ein generelles Bleiberecht in Deutschland zu erreichen."

Bleibt vorerst allerdings nur zu hoffen, daß das Eingreifen der AntifaschistInnen zumindest ein gewaltsames Vorgehen gegen die Asylbewerber-Unterkunft verhindern wird.

AFB Marl

AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch

Oerweg 28

45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/ 26345

Redaktionsanschrift:

Antifa-Zentrum

Herner Str. 43

45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/21686

Redaktionssitzung

Donnerstag, 19. - 20.00 Uhr.

Anzeigenkonto:

BLZ: 426 500 30

Kto. - No.: 1000 229 38

Stadtsparkasse Recklinghausen

Abonnentenkonto:

BLZ: 430 500 01

Kto.-Nr.: 334 01 027

Stichwort: AntifaZ

Sparkasse Bochum

Auflage: 1000

Druck: Deniz Druck & Verlag, Duisburg

Mitgewirkt haben:

Wolfgang E., Karsten Sch., Thorsten Th.,
Bruno, Klaus D., Aleksander G., Thea A.
St., Antje Sch., Wolfgang T., Holger W.

Krieg auf dem Balkan, Teil V

Die schrecklichen Bilder aus dem ehemaligen Jugoslawien, die uns tagtäglich begegnen, waren der Anlaß für die Redaktion, eine eigene Jugoslawien-Serie einzuführen, um somit Aufklärung und zu diesem Konflikt nötiges Hintergrundwissen zu vermitteln. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien eskaliert nun seit drei Jahren auf brutalste Weise. Menschenleben zählen nichts, sie nehmen eher die Figuren eines von verrücktgewordenen Faschistenführern gespielten Schachspiels ein, Tausende von unschuldigen Kindern, Frauen und Alten werden täglich Opfer der perversen Kriegstaktiken von serbischen und kroatischen Nationalisten. Wie lange noch soll die unschuldige Zivilbevölkerung Bosniens, egal ob Serben, Kroaten oder Muslime, diesem grausamen Treiben zusehen, wie lange brauchen wir, die wir uns politisch aktiv schimpfen, um endlich auf die Straßen zu gehen, um so Protest und zugleich Solidarität mit der bosnischen Bevölkerung zu demonstrieren. Viele Menschen fühlen sich gehemmt, zu uninformatiert, um sich zu diesem Problem eine Meinung bilden zu können. Die Abläufe, die Geschehnisse seit drei Jahren sollen Thema dieses fünften Teils sein.

Ende Juni 1991 erklärten Slowenien und Kroatien ihre Unabhängigkeit, dies war der Anlaß, der den jugoslawischen Konflikt zum Krieg eskalieren ließ. Als Reaktion darauf marschierte die jugoslawische Bundesarmee, mehrheitlich von serbisch-nationalistischen Offizieren geführt, in Slowenien ein. Ziel dieser Aktion war es, ein Zeichen für alle Teilrepubliken Jugoslawiens zu setzen, die mit der Abspaltung und Unabhängigkeit von Jugoslawien liebäugelten. Doch gerade auf Grund internationalen Drucks und der Perspektivlosigkeit, ein groß-serbisches Reich schon in Slowenien zu manifestieren, da keine bedeutende serbische Minderheit dort lebt, sahen sich die Drahtzieher in Belgrad gezwungen, ihre Truppen ab-zuziehen. Doch dabei blieb es nicht, Truppen der Bundesarmee fielen danach in das sich gerade, kurz nach Slowenien unabhängig erklärende Kroatien ein. Unterstützt wurden diese durch Freiwilligenverbände, gebildet von der 600.000 Menschen zählenden Minderheit in Kroatien, aus den Gebieten der Krajina und Slawonien. Sie operierten schon damals, perfekt ausgerüstet, in Partisanen-manner. Gleichzeitig wurden Slowenien und Kroatien anerkannt, der Krieg in Kroatien

entbrannte völlig, eine Schlichtung in diesem Konflikt schien aussichtslos. Nach und nach eroberten die serbischen Streitkräfte, unterstützt von der "jugoslawischen Bundesarmee", beinahe ein Drittel des kroatischen Territoriums, eine Hoffnung auf Frieden in Kroatien schien erst 1992 durch die Stationierung der UNO-Truppen in die Kriegsgebiete erfolgversprechend, die nach und nach durch lokale Verhandlungen alle beiden Kriegsparteien entmilitarisieren sollten.

Die bosnischen Muslime befanden sich gegen Jahresende 1991 in einer verzweifelter Situation. Der Krieg in Kroatien führte ihnen gleichsam spiegelbildlich vor Augen, welche explosives Gemisch entstehen konnte, wenn die außerhalb der Mutterrepublik ansässigen Serben von Belgrad radikalisiert und zum Instrument im politischen und militärischen Kampf gemacht wurden. Die Bundesarmee als der natürliche Verbündete Belgrads und der bosnischen Serben war ein weiterer übermächtiger Gegner im eigenen Land. Einziger Alliierte der Muslime schienen die bosnischen Kroaten zu sein, die ihrerseits von Zagreb unterstützt wurden. Doch auch die Kroaten hätten im Zweifelsfalle die eigenen Interessen denen der Muslime vorgezogen, so

blieb die politische Handlungsfähigkeit der Muslime drastisch eingeschränkt. Der Präsident Bosnien-Herzegowinas, Alija Izetbegovic, konnte sich jedoch dem Diktat Belgrads nicht unterwerfen, das Schicksal der Muslime als Bürger ohne Rechte in einem neuen Jugoslawien, schien dann als besiegelt. Also wählte er den Weg zur Unabhängigkeit Bosnien-Herzegowinas. Grundstein hierfür sollte die von der Europäischen Gemeinschaft geforderte Volksbefragung sein. 63% aller Wahlberechtigten entschieden sich mit 99,4% für die Selbständigkeit ihres Landes. Die Serben boykottierten mehrheitlich das Referendum, Ergebnis des Referendums war, daß die EG und die UNO Bosnien als eigenständigen Staat im Rahmen der Völkergemeinschaft anerkannten. Das bedeutete für die serbische Kriegsbande in Belgrad Krieg, denn sie sahen sich in ihrem Traum von einem Großserbien ernstlich bedroht. Reaktion der Serben war die Ausrufung der "Serbischen Republik Bosnien-Herzegowina" mit der Hauptstadt Banja Luka unter ihrem Führer Radovan Karadjic, der zum bewaffneten Aufstand aller

Serben zur "Verteidigung heiligen serbischen Bodens" aufrief. Kurz darauf rief auch Restjugoslawien, bestehend aus Serbien und Montenegro, ein "neues Jugoslawien" aus, um sich so vor der internationalen Verantwortung in diesem Konflikt zu drücken. Es sollte von nun an nicht mehr die jug. Bundesarmee an der Seite der bosnischen Serben kämpfen, sie sei im Rahmen der Ausrufung eines neuen Jugoslawien ordnungsgemäß abgezogen worden, doch davon konnte nicht die Rede sein. Diese Abzüge haben niemals stattgefunden, mit derselben oder noch stärkerer personeller Schlagkraft führen die serbischen Nationalisten, den Befehlen aus Belgrad gehorchend, einen brutalen, feigen Krieg gegen eine unschuldige Zivilbevölkerung. Der Krieg entbrannte nun völlig, nach und nach eroberten die militärisch überlegenen Serben Stadt für Stadt in Bosnien, dabei dienten die "ethnische Säuberung" von ganzen Landstrichen, die Massenvergewaltigungen, verübt durch serbische "Cetniks", die Belagerung und Bombardierung von Städten, die Einrichtung von "Konzentrationslagern" (die leider in unseren Medien durch den

ANZEIGE

Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

Öffnungszeiten Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00



Herner Str. / Paulusstr.
45657 Recklinghausen
Tel. 02361-17002

Begriff "Lager" verharmlost werden), als Mittel zum Zweck. Beinahe 73% des bosnischen Territoriums sind in serbischer Hand, die Kriegsziele Serbiens scheinen vollends erreicht, Europa, das ein paarmal "drohte", machte sich mit seinen Friedensplänen, seiner Duckmäusermentalität und den Witzfiguren Vance und Owen vor der Welt lächerlich, die Drahtzieher in Belgrad begrüßten Europas Höflingshaltung.

Auch die deutschen Parteien, besonders die SPD, folgten der Konzept- und Ideenlosigkeit Europas und bewiesen in diesem Punkt politische Niveaulosigkeit.

Alle Friedensgespräche blieben bis jetzt fruchtlos, Friedensverhandlungen entpuppten sich als Farce, Pläne zur Durchsetzung eines Friedens in Bosnien blieben realitätsfern und farblos und gaben den Eroberungen der Serben und Kroaten Recht.

Die Verlierer dieses Krieges sind die bosnischen Muslime; mit einem Bevölkerungsanteil von 44% vor dem Krieg sind sie auf 12% des Gebietes geschrumpft. Sie haben alles verloren, sie werden die Opfer einer feigen serbisch-kroatischen Aufteilung Bosniens. Selbst ihre letzten Waffenverbündeten, die Kroaten, stellen sich nun gegen sie.

Das Waffenembargo verhindert, daß sich die Muslime selbst verteidigen können. Die Sanktionen, der wirtschaftliche Boykott greifen nicht, da nach wie vor Staaten wie Griechenland und Rumänien Öl, Benzin, Nahrungsmittel und weiteres Kriegsgerät liefern, auch deutsche Firmen rüsten die kroatische und serbische Kriegsmaschinerie auf und verdienen sich eine goldene Nase am Blut von unschuldigen, wehrlosen Menschen. Serbien hat alles erreicht, was es erreichen wollte, der Kosovo, mehrheitlich von Albanern besiedelt, die Vojvodina, Heimat eines starken ungarischen Bevölkerungsanteils, sind von der Bundesarmee noch vor Kriegsausbruch Serbien einverleibt worden, politischer wie menschlicher Terror sind dort Alltag, alles, was nicht serbisch ist, ist vogelfrei! Dann wurden ein Drittel Kroatiens und fast ganz Bosnien durch serbische Truppen erobert, alles Nichtserbische zerstört und getötet. Staaten wie Makedonien (obwohl solch ein makedonischer Staat, der auf Apartheid

aufgebaut worden ist, nicht anerkannt werden sollte), werden zu Vasallenstaaten Serbiens. Rußland stärkt Serbien den Rücken auf der internationalen politischen Bühne. 40.000 Kosaken und andere russische Freiwillige morden für ein zukünftiges "PanSlavia", unterstützt durch fanatische orthodoxe griechische und rumänische Glaubensgenossen. Albanien wird zum nächsten strategischen Kriegsschauplatz erkoren, Teilungspläne von serbisch-montenegrinischen und griechischen Nationalisten gibt es schon, das alles mit einer Prise Segen durch die orthodoxe Kirche. Nach all den Ereignissen sollte eigentlich für einen politisch mündigen Bürger feststehen, wer der Aggressor ist. Auch die ewig eingebrachte Floskel der deutschen Friedensbewegung, daß jeder am Krieg mit-schuldig sei, verblaßt.

Der Krieg in Jugoslawien hat Millionen von Menschen zu Heimatlosen gemacht, Bosnien und große Teile Kroatiens in ein flammendes Inferno verwandelt, über 100.000 Frauen und Mädchen vergewaltigt, tägliche Barbarei und Unmenschlichkeit, Lager, in denen gefoltert und gemordet wird, Hunderttausende von Toten gefordert.

Wie lange noch?

Wie lange noch will die Welt der serbischen Kriegsmaschine zuschauen? Wartet sie erst auf die nächste Tragödie, einen Balkankrieg mit noch ganz anderen Dimensionen von Leid und Schrecken.....?

Aleksander G.Berisha

Cafe Alibi

Kaiserwall 11a

45657 Recklinghausen

☎ 02361/ 27709

Mo.-Fr. ab 9.30 Uhr

Sa + So ab 18.00 Uhr

DIE AUTONOMEN TEIL I

Mit dieser Ausgabe beginnen wir eine Artikelserie über "Die Autonomen". Schon die Bezeichnung wird bei vielen von "ihnen" auf Ablehnung stoßen. Auch der Leserbrief "eines Autonomen" in dieser Ausgabe macht deutlich, daß einige nicht mit einigen anderen von ihnen "über einen Kamm geschoren" werden wollen.

Zeit für uns, uns einmal etwas genauer mit "ihnen" auseinanderzusetzen. Zu diesem Zweck soll die hiermit beginnende Artikelserie dienen, den größeren Teil dieses ersten Artikels machen Ausschnitte aus dem "Manifest der Organisation Antifaschistische Aktion" aus.

Neben dieser "Strömung" innerhalb "der Autonomen" gibt es unseres Wissens noch zwei weitere Gruppen, Zusammenschlüsse oder Positionen, auf die in den kommenden Ausgaben eingegangen werden soll. Zuerst also das "Manifest" (in Auszügen) und im Anschluß daran einige kritische Bemerkungen dazu.

MANIFEST DER ORGANISATION ANTIFASCHISTISCHE AKTION

I. Das Modell, formaler Rahmen der "Antifaschistischen Aktion"

I.1. Zur Entstehung

Im August 1991 entstand aus der Antifa-AG eines Infoladen-Treffens ein bundesweites Antifa-Treffen. Dort zeigte sich schnell, daß verschiedene Gruppen in ihrer Arbeit die Notwendigkeit einer überregionalen, verbindlichen Organisation mit dem Ziel einer gemeinsamen politischen Praxis erkannt hatten.

Erste Schritte in diese Richtung waren die daraufhin regelmäßig stattfindenden Delegiertentreffen der Antifagruppen. Zunächst wurde auf der Grundlage des Diskussionspapiers zur autonomen Organisation der Autonomen Antifa (M), Göttingen, über Formen und Ziele von autonomer Organisation diskutiert. (...)

I.2. Zur Gründung

Im Juli 1992 haben dann Gruppen aus mehreren Städten den Schritt gemacht und die "Antifaschistische Aktion" als Organisation mit verbindlichen

Strukturen gegründet. Die politische Herkunft der Organisation ist der autonome Antifaschismus, an dessen bisheriger Politik es grundlegende Kritik gibt. Aus dieser Geschichte werden mit der Gründung der "Antifaschistischen Aktion" die Konsequenzen gezogen. (...)

Ansätze, eine gesamtgesellschaftlich relevante Gegenkultur aufzuzeigen, deren Ausgangspunkt die realen Verhältnisse sind und die nach einer Verbreiterung der Bewegung strebt, sind bisher gescheitert. (...)

Die Betonung des eigenen Subjekts, zwecks Erhaltung der eigenen "absoluten Freiheit", ist Flucht vor Kollektivität, vor der Verbindlichkeit einer Gruppe, deren sozialer Kontrolle, die eine kontinuierliche Mitarbeit und die Bereitschaft, eigene Positionen immer wieder der Kritik auszusetzen, einfordert.

I.3. Die Entwicklung

(...) Die Organisation ist Vorbedingung für eine gemeinsame umfassende praxisorientierte Strategie bisheriger und

Neubestimmung revolutionärer Politik, die ohne Zweifel erfolgen muß. Die "Antifaschistische Aktion" wird ihre Inhalte offen vertreten und prinzipiell offen sein für neue Menschen und neue Impulse.

II. Struktur der Organisation (Das Modell - formaler Rahmen der Organisation)

II.1. Name und Emblem

Mit der Gründung der Organisation unter dem Namen "Antifaschistische Aktion" beziehen wir uns bewußt auf die historische Organisation der "Antifaschistischen Aktion" von 1932. (...)

II.2. Organisierte Gruppen

Die "Antifaschistische Aktion" konstituiert sich aus bereits bestehenden Gruppen mit unterschiedlicher Größe und organisatorischem Aufbau. (...)

Die Eigenständigkeit der einzelnen Gruppen bezüglich ihres Aufbaus, ihrer praktischen und politischen Schwerpunkte, vor allem auf regionaler Ebene, bleibt bestehen. (...)

II.3. Grundlagen und Kriterien für Mitgliedschaft

Einer der praktischen Schwerpunkte ist die Unterstützung von regionalen bzw. lokalen Antifagruppen in Regionen und Städten, wo diese isoliert und/oder nicht eingebunden sind. So ist die Voraussetzung, die an die Gruppen gestellt wird, kontinuierliche, erkennbare theoretische und praktische Arbeit, mit dem Ziel der Verankerung der Positionen in der Öffentlichkeit, um zum politischen Faktor in der Stadt/Region zu werden.(...)

Die Unabhängigkeit der Gruppen von Parteien ist eine weitere Bedingung für die Mitarbeit innerhalb der "Antifaschistischen Aktion". Grundlage und Schwerpunkt der "Antifaschistischen Aktion" ist eine politische Praxis, deren Ursprünge bislang im autonomen Antifaschismus liegen. Diese praktischen Ansätze antifaschistischer Politik sind an der Entwicklung einer umfassenden Gegenperspektive zum bestehenden kapitalistischen System ausgerichtet.(...)

II.4. Aufbau und Struktur der Organisation

(...)

a) Unorganisierte Einzelpersonen

(...)

b) Organisierte Gruppen

(...)

c) Regionaltreffen

(...)

d) Bundestreffen der "Antifaschistischen Aktion".

Um auch langfristig handlungs- und diskussionfähig zu sein, sind die bundesweiten Treffen Delegiertentreffen. Ihre momentane praktische und theoretische Handlungsfähigkeit ist naturgemäß sehr begrenzt. Dies, weil einige Gruppen erst im Aufbau sind oder nur in Ansätzen existieren. (...)

II.5.

Vernetzung/Infoaustausch

Zum Zeitpunkt der Gründung der "Antifaschistischen Aktion" wird es erst wenige Beispiele effektiver, praktischer Zusammenarbeit und auch kein fertiges inhaltliches Programm geben. Bis dahin bestehen lediglich inhaltliche Eckpfeiler, die als Konsens angesehen werden können - und alles andere muß noch entstehen. (...)

Als Grundlage jedes weiteren Organisierungsschrittes ist - neben dem ständigen Austausch über Delegiertentreffen - die Einrichtung eines engen Kontakt- und Informationsnetzes ein weiteres vorrangiges Ziel.

Das "Antifaschistische Infoblatt" Berlin stellt einen Teil ihrer Zeitung als Forum für die "Antifaschistische Aktion" zur Verfügung - ist aber selbst nicht Teil der "Antifaschistischen Aktion". (...)

II.6. Öffentlichkeitsarbeit

Eine Hauptaufgabe der "Antifaschistischen Aktion" wird die Öffentlichkeitsarbeit sein. Alle Gruppen sind für interessierte Menschen über eine Adresse oder ein Büro öffentlich erreichbar und ansprechbar. (...)

Ein Schwerpunkt der politischen Arbeit der Gruppen ist intensive regionale Pressearbeit, um die öffentliche Wirkung der politischen Arbeit zu erhöhen. Kontakte zu regionaler Presse, zu SchülerInnenzeitungen ebenso wie zu überregionalen, etablierten bürgerlichen Zeitungen sind anzustreben. (...)

III. Ziele/Perspektiven

Die Ziele und Perspektiven der Organisation orientieren sich daran, was als realistisch angesehen wird. (...)

Die Entwicklung einheitlicher inhaltlicher Schwerpunkte, wie Faschismustheorie und Imperialismustheorie als Gesellschaftsanalyse wird unmittelbar angegangen, zählt jedoch zu

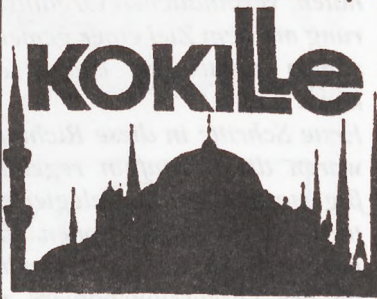
den mittel- bis langfristigen Zielen der Organisation.

Bestandteil dieser Gesellschaftsanalyse ist die Erarbeitung sinnvoller politischer Handlungsstrategien. Gesellschaftliche Orientierungspunkte zu bieten, also positive Ansätze aufzuzeigen, ist ein Kriterium einer solchen Strategie. (...)

Aus dieser Politik sollen die Voraussetzungen entstehen, weitere Ziele anzugehen. Dies reicht von eigenen Positionen zu bestimmten Themen bis hin zum Aufzeigen von Lösungen gesellschaftlicher Fragen. Viel größere Bedeutung als bisher wird intensive Öffentlichkeitsarbeit erlangen. Eigene Standpunkte müssen nicht nur gefunden, sondern auch öffentlich gemacht werden. Möglich ist das nur über viel mehr inhaltliche und praktische Arbeit. Mehr kulturelle Aktivitäten werden Teil der politischen Arbeit sein. Ziel ist eine breite antifaschistische Bewegung, die mit eigenen Waffen gegen die herrschenden Gesellschaftsstrukturen kämpft.

Anzeige

KUCHE AUS 100% NACHT GENIEßEN



KOKILLE

Original türkische Küche

Bochum, Südring 24
Tel. 66611
geöffnet
Montags bis Sonntags
18.00 Uhr bis 3.00 Uhr
nachts

KRITIK:

I. Zum Namen:

Sich "bewußt auf die historische Organisation" von 1932 zu beziehen, zeugt bei den VerfasserInnen des "Manifestes" entweder von grundlegender historischer Unkenntnis oder von romantischer Nostalgie (wir vermuten das zweite).

Wer die Geschichte von 1930-33 auch nur oberflächlich betrachtet, weiß, daß die "Antifaschistische Aktion" **keine "Organisation"** war, sondern **eine** der taktischen Versuche der KPD, die **Einheitsfront zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen ArbeiterInnen** herzustellen. Hierbei war 1932 zumindest bei vielen KPD-Mitgliedern völlig unklar, ob eine "Rote Einheitsfront" oder eine "Antifaschistische Einheitsfront" geschmiedet werden sollte.

Neben diesen "Einheitsfront"-Versuchen baute die KPD auch eigene antifaschistische Kampforganisationen wie den "Roten Frontkämpferbund" auf, die SPD gründete den "Kampfbund gegen den Faschismus".

Diese waren tatsächlich "Organisationen", während die AA, Ende Mai 1932 ins Leben gerufen, eine überparteiliche Massenbewegung insbesondere gegen den SA-Terror hervorrufen sollte.

Unabhängig von der "Organisationsfrage" ist aber das Beziehen auf diesen historischen Hintergrund einfach deshalb unsinnig, weil die heutige, aus Teilen der autonomen Antifa-Gruppen entstandene "AA", keinerlei Beziehung zur ArbeiterInnenbewegung hat.

Diese hatte Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre tatsächlich

Ansätze einer revolutionären Perspektive, allerdings erkannte auch die KPD, allerdings zu spät, daß zur möglichen Verhinderung des Faschismus als Grundlage der Aktionseinheit keineswegs eine revolutionäre, "rote" Plattform, sondern ein antifaschistisch-demokratisches Programm notwendig war, wie sonst hätten ernsthaft sozialdemokratische ArbeiterInnen, die ja selten genug revolutionär eingestellt waren, für die Zusammenarbeit gewonnen werden können?

Ist also diese Bezugnahme auf den historischen Hintergrund schlicht Etikettenschwindel, so zeugt er in der Entwicklung der heutigen "Organisation" von einem gehörigen Maß an Opportunismus und von Nostalgie.

Jede/r, der/die in den vergangenen Jahren antifaschistisch tätig war, weiß, daß das Emblem der historischen AA von vielen Gruppen benutzt wurde, als Symbol auf Flugis, auf Transparenten, etc., allerdings nie mit dem Anspruch, sich selbst als eine Gruppe der AA zu bezeichnen. Allerdings gab und gibt es innerhalb "der Autonomen" einen Hang zur Nostalgie, was sich auch in der Neugründung einer Organisation "Edelweißpiraten" oder "Weiße Rose" zeigt. Vielleicht gibt es bald auch noch "Kittelbachpiraten" oder eine neue "Swing-Jugend", wer weiß?

II. Zur Organisationsstruktur:

Daß die "Organisierung" von den VerfasserInnen des "Manifestes" für eine überragende Frage gehalten wird, zeigt schon die Tatsache, daß über 70 Prozent des Textes sich mit "formalem Rahmen", "Modell", etc. beschäftigen und nur ein geringer Teil auf "Ziele und Perspektiven" verwendet wird. Allerdings stehen sie vor einem nicht lösbaren Dilemma: Sie wollen

"verbindliche Strukturen" (wobei alles Mögliche verbindlich gemacht wird, wie kontinuierliche Arbeit, keine Gebundenheit an Parteien, etc., interessanterweise aber über finanzielle Verbindlichkeit kein Wort verloren wird) der Organisation, gleichzeitig aber eine "antifaschistische Bewegung" schaffen. Außerdem sollen die örtlichen Gruppen in ihrer inhaltlichen und praktischen Arbeit "autonom" sein, aber die Gesamtorganisation strebt ein einheitliches inhaltliches Programm und auch gemeinsame Aktionen an. Das klingt ein wenig nach Quadratur des Kreises, zeugt in Wirklichkeit aber wieder von Opportunismus: Sie wollen den Zusammenhang zu den übrigen autonomen Gruppen nicht aufgeben bzw. hoffen, diese anderen alle in der AA zu organisieren (und ein größerer Teil von denen steht dem Konzept einer "Organisierung" mehr als skeptisch gegenüber), wollen aber auch weg von "Unverbindlichkeit" und "Egoismus", wie er in vielen autonomen Strukturen üblich ist.

Daß die VerfasserInnen eine verbindliche, kontinuierliche und sich gegenseitig verantwortliche "Organisation der Mitglieder einer antifaschistischen Organisation anstreben, ist begrüßenswert. Allerdings sind u.E. die Voraussetzungen einer **bundesweiten Organisation** heute noch nicht vorhanden.

Um ein solches Projekt in Angriff zu nehmen, scheint uns auch der Weg über die "Aktion" allein nicht der sinnvolle. Vielmehr muß die inhaltliche Auseinandersetzung zwischen allen antifaschistischen Organisationen angestrebt werden, und hierzu gehören auch die nicht-revolutionären, wie beispielsweise die "Volksfront gegen Faschismus, Reaktion und Krieg" oder die "Vereinigung der

Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten", die ebenfalls als bundesweite Zusammenhänge existieren (allerdings mit ähnlicher Ignoranz gegenüber anderen antifaschistischen Zusammenhängen).

III. Zu den Zielen:

Die hauptsächliche Kritik an der heutigen "AA" muß allerdings an der Formulierung ihrer "Ziele" geübt werden, besser gesagt an der Tatsache, daß sie de facto gar keine Ziele formuliert. Es wird zwar blumig über "Perspektiven", "Handlungsstrategien", "gesellschaftliche Orientierungspunkte", "Aufzeigen von Lösungen" geschwafelt (was ein wenig an programmatische Papiere der PDS erinnert), aber in dem gesamten Papier gibt es nicht eine wirklich inhaltliche politische Aussage. Nun ist zwar zuzugestehen, daß

eine neugegründete Organisation noch kein bis in alle Einzelheiten formuliertes Programm haben kann, aber zumindest die beschworenen "Eckpfeiler" hätten in Ansätzen inhaltlich formuliert werden müssen - Fehlanzeige.

Allerdings werden, mitten im Text versteckt, sehr weitgehende Aussagen gemacht, die sehr wohl auf inhaltliche Vorstellungen der VerfasserInnen rück schließen lassen. So heißt es an einer Stelle "praxisorientierte Strategie bisheriger und Neubestimmung revolutionärer Politik", an anderer Stelle "Entwicklung einer umfassenden Gegenperspektive zum bestehenden kapitalistischen System".

Dies kann nur so interpretiert werden, daß hier der Versuch unternommen wird, mit der "AA" die Grundlagen für eine

zukünftige revolutionäre Organisation zu schaffen.

Nicht nur 1932, sondern auch heute ist aber die Grundlage für antifaschistische Aktionseinheit nicht die gemeinsame Einsicht in die Notwendigkeit, den Kapitalismus revolutionär zu stürzen, sondern der gemeinsame Wunsch, einen neuen Faschismus zu verhindern. Dies schließt auch u.M. Kritik kapitalistischer Verhältnisse ein, kann jedoch nicht "umfassend" und auch nicht auf "revolutionärer" Grundlage geschehen, da sonst alle sonstigen gesellschaftlichen Kräfte, die gegen Faschismus kämpfen wollen, ausgeschlossen werden.

Und dies scheint uns der zentrale Kritikpunkt an dem "Manifest" der "Antifaschistischen Aktion" zu sein.

AntifaZ-Redaktion

TERRES DES FEMMES RUNDBRIEF II/1993

(ab Juli 1993)

Der Terre des Femmes - Rundbrief ist eine vierteljährlich erscheinende Informationsschrift von Terre des Femmes, Menschenrechte für die Frau e.V.

Der TDF-Rundbrief informiert über aktuelle, weltweite Menschenrechtsverletzungen an Frauen und über Aktionen, die zur Verbesserung ihrer Lage unternommen werden.

Dazu gehören Themen wie Bevölkerungspolitik, sexueller Mißbrauch und Gewalt an Frauen und Mädchen, Frauenhandel und Prostitutionstourismus, Frauen auf der Flucht, sexuelle Verstümmelung, die Darstellung von Menschenrechtsverletzungen an Frauen in einzelnen Ländern Europas, Afrikas, Asiens und Lateinamerikas u.a.

Außerdem verbreitet der TDF-Rundbrief aktuelle Kampagnen und länderübergreifende Aktionsaufrufe zu brennenden Verletzungen der Frauenrechte.

Die Zeitschrift wendet sich an alle, die sich beruflich oder privat für die Menschenrechte der Frau einsetzen. Sie bietet Einzelpersonen, Frauengruppen und Institutionen sowie Frauenhäusern, Anlauf- und Beratungsstellen für ausländische und deutsche Frauen Hintergrundinformationen für ihre Arbeit. Der TDF-Rundbrief gibt Hinweise auf Neuerscheinungen zum Thema Menschenrechte der Frau und entsprechende Fortbildungsveranstaltungen und Seminare.

Der TDF-Rundbrief kann für 30 DM/Jahr abonniert werden, Einzelheft 6 DM + 1,50 Porto. Terre des Femmes, Postfach 2531, 720 15 Tübingen, Tel. 07071/24289.

LESERBRIEFE

Hallo AntifaZ!

Gleich zu Anfang: eure AntiAutonomen-Hetze kotzt mich an. Wenn ihr weiter eine dermassene Verallgemeinerung betreibt, wie in der letzten antifaZ, kann mensch euch nicht mehr zu den von euch so gern zitierten fortschrittlichen Kräften zählen. Ich kann aus eurer Verallgemeinerung in den Artikeln zu Solingen und zum Tag X eigentlich nur schließen, daß ihr die Autonomen in der Antifabewegung bekämpfen wollt, um antifaschistisch motivierte Leute für euch zu gewinnen. Das ist der Anfang von dem was bei der Dev Sol gerade endet. Ein Kampf, um die einzig wahre Lehre und um jedeN LinkeN. JedeR soll bei euch mitmachen. Denn jedeR AutonomeR ist bündnisunfähig und inszeniert ein Theater in Bonn für die Herrschenden. Herrliche Vereinfachung! Und jedeR Deutsche frißt Sauerkraut und jedeR Türke/in stinkt nach Knoblauch. Wunderbar! Klare Verhältnisse, das kennen wir ja. Bevor ihr weiter Leute für euren Kram mobilisiert, setzt euch erst mal mit solchen Dingen auseinander.

Auch wenn's mir schwer fällt, versuch ich jetzt mal von der Ankackerei wegzukommen. Tatsache ist, daß es in Bonn nicht die Gesamtheit der Autonomen war, die Steine geschmissen hat, sondern ein paar hundert Leute. Der Städteplenum autonomer Gruppen hat zig mal die Leute dazu aufgerufen, den Versuch zum Bundestag durchzukommen, abzubrechen. Behindert wurde die Durchsage von der Bühne, die weiter

dudelte, sodaß die Durchsage kaum rüberkam. Die Aktion mit den Stein- und Flaschenwürfen wurde als Chaosaktion kritisiert und zwar von Autonomen. Natürlich mußte klar sein, daß die Bullen darauf warteten, daß sie prügeln durften. Nur euer Glaube, daran wäre die ganze positive Aktion kaputtgegangen, ist ja wohl nur naiv. Die bürgerliche Presse berichtet nur, wenn's abgeht. Das dürfte doch wohl auch bei euch angekommen sein. Mal gibt das positives Echo, wie bei den Eiern auf Oberheuchler Weizsäcker, mal ist das Scheiße wie in Solingen. Vorher abzuchecken ist das kaum. Was durch eure Aussage rüberkommt ist das Denken der Politprofis, die die richtigen StatistInnen für ihre Aktionen brauchen. Nur wer sich so verhält, wie ihr das für richtig haltet darf an euren Bündnissen teilnehmen. Tatsache ist es muß Absprachen geben. Bloß ist bei Massenaktionen nie alles planbar. Zum Glück sind Menschen unterschiedlich. Wenn Aktionen

einiger Menschen auf alle Beteiligten übertragen werden, ist das ein Zeichen für verlogenes Umgehen mit Demokratie. Wer mit der Macht der massenhaften Verbreitung von Nachrichten so umgeht, ist nicht demokratiefähig. In dem Zusammenhang sind die Medien zu kritisieren, nicht ein paar Leute, die für ihre Aktionen selbst verantwortlich sein müssen. Ihr handelt mit eurer Verallgemeinerung exakt genauso, wie die bürgerlichen Medien. Wenn ihr ein alternatives Medium sein wollt, müßt ihr solch einen Umgang mit Nachrichten ändern. Sonst seid ihr nichts anderes als die verzichtbaren bürgerlichen Medien.

Um das nochmal kurz und deutlich zu sagen. Viele, vielleicht sogar die meisten Autonomen, wobei da nie ganz klar ist, wer das ist, da es kein Parteistatut gibt, haben die beschriebenen Aktionen in Solingen und Bonn abgelehnt. Eure Texte in der AntifaZ sind also eine bewußte Falschmeldung. Dazu werfe ich euch noch vor das aus

Anzeige

Jonglieren
Fahrräder
Theater
Artistik
Kunst

balance. Nichts sonst.

Kortumstr.5 44787 Bochum 1Tel.:0234 -12051/ 52

Eigeninteresse zu machen. das macht euch, nicht die Autonomen bündnisunfähig. Mit Leuten, die nur aus Eigeninteresse Bündnisse machen, habe ich keinen Bock zusammenzuarbeiten. Bitte denkt mal drüber nach.

ein autonomer

Lieber K.D., Klaus Dillmann, oder wie auch immer

Du hast in der AntifaZ 2 Artikel veröffentlicht. Ich nehme jedenfalls an, daß beides von Dir ist. Ich möchte einige Anmerkungen machen und werde diesen Brief mit Deinen Artikeln an verschiedene autonome Zeitungen schicken. das kommentierte Abdrucken ist zwar nicht die feine Art, aber...

Zum ersten Artikel: "Offener Brief"

1. Daß Du Gewaltakte seitens fortschrittlicher Kräfte nicht einkalkulierst, ist, zumindest in dieser Zeit, eine klare Verken- nung der Realität. Bei sehr vielen Demos der letzten 2 bis 3 Jahre gab es Gewalttätigkeiten zwischen fortschrittlichen Kräften, in der Regel zwischen stalinistisch oder maoistisch orientierten Gruppen einerseits, meist anarchistisch orientierten Gruppen andererseits.

Ebenfalls die von Dir später erwähnten "über 30 Überfälle" zeigen, daß Du wider besserem eigenen Wissens "kalkuliertest".

Ansonsten mögen Du, Ich oder einE andereR GenossIn davon halten was wir wollen, viele fortschrittliche Kräfte haben

Anzeige



Al Coolala

Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

ab 20.00 Uhr geöffnet

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 02 31 / 17 81 45 • Fax: 02 31 / 17 83 47

reaktionären und konterrevolu- tionären Kräften den militanten Kampf angesagt. das einige, oder auch viele, konterrevolu- tionäre Kräfte auch in den eigen- en Reihen sehen, ist ebenfalls Tatsache. Daß diese Kräfte nicht militant bekämpft werden sollen ist rational für mich nicht erklärbar. Ein bloßer Aufruf zur politischen, statt militanten Aus- einandersetzung ist daher leider nur Gesülz.

Meiner Meinung nach wichtig und daher angebracht wäre die Forderung nach Transparenz der Kampffursachen, d.h. die Seiten müssen ihre Gründe nachvoll- ziehbar öffentlich machen, so

daß andere Gruppen ein Ver- hältnis dazu entwickeln können. (Dies gilt auch für RIM und Autonome).

2. "Auch wenn ich bisher nur von einigen wenigen Reaktio- nen erhalten konnte," (wieso ei- gentlich konnte?), "bin ich si- cher, daß ich mit dieser Feststel- lung die Haltung **ausnahmslos aller** fortschrittlichen Menschen in Deutschland wiedergebe."

a) Offensichtlich nicht aller fort- schrittlichen Menschen in Deutschland, denn Du sagst selbst, daß fortschrittliche Kräf- te an diesen Auseinandersetzun- gen beteiligt waren. Ich gehe

davon aus, daß diese Menschen in Deutschland leben.

b) Du hast einige Reaktionen bekommen, davon auf alle zu schließen ist Dreist.

c) Zumindest in meinem Fall ist diese Aussage falsch.

3. "Es lebe unser Führer Dursun Karatas!"

Wenn dies eine Parole einer fortschrittlichen Partei oder Fraktion ist, so ist, wenn diese Parole bei anderen Aktionen geduldet wird, auch hier nichts dagegen zu sagen. Wegen eines Anlasses wird eine Parole nicht falsch. Diese Parole drückt eigentlich die Konfliktlinie innerhalb der Devrimci Sol aus und sollte dann auch so von uns betrachtet werden. Zudem ist es doch recht eigenartig anzunehmen, daß wenn sich zwei Frak-

tionen tötlich auseinandersetzen, sie dies nicht auch Verbal tun.

4. "Glaubt nicht daß die Menschen ein so kurzes Gedächtnis haben..." Ich weiß, Du hast Erfahrung mit diesen Dingen, Du weißt wie eine Massenbasis zu schaffen ist und außerdem ist Übermorgen Revolution in Deutschland.

Soweit ich weiß hat Devrimci Sol eine Massenbasis, ist sogar eine der größten, wenn nicht die größte revolutionäre Organisation der Türkei. Ihnen zu erklären wie die Massen sind ist arrogant und typisch Westeuropäer und Weiß. Die Genossen und Genossinnen von Devrimci Sol, aus beiden Fraktionen, sind nicht dumm und unwissend und sie haben Gründe für diesen Konflikt. Zudem geht die

Fraktionierung von Devrimci Sol bis in die Massenbasis, immerhin einige Millionen Menschen. Und hier hast Du recht, diese Menschen haben kein so kurzes Gedächtnis. Eine Pauschalisierung des Konflikts durch Dich und die AntifaZ und vor allem eine Entpolitisierung ("haßerfüllt") möchte ich vermeiden. Eine genauere Beschäftigung unter der Option der Nichteinmischung in innerparteiliche Probleme anderer Parteien wäre wohl eher angebracht.

5. "...auch deutsche AntifaschistInnen schwer, für euch Partei zu ergreifen."

Ich glaube ich lese nicht recht. Grundsätzlich sind innerparteiliche Probleme nur innerparteilich zu lösen. Uns als Menschen die mit dem türkischen und kurdischen Widerstand solidarisch sind, obliegt nicht das Recht, uns in Parteiinterna einzumischen. Selbst eine Bewertung dürfte aufgrund unterschiedlicher Realitäten und daraus folgend unterschiedlicher Kampfumstände und -erfahrungen äußerst schwierig sein. Und selbstverständlich bin ich auch trotz solcher Ereignisse parteiisch für Devrimci Sol, die andere Partei wäre der türkische Faschismus. Wo ist da die Schwierigkeit der Partei ergreifung?

Für den Fall, daß Du meinst, es sei schwierig sich mit Devrimci Sol in dieser Situation solidarisch auseinanderzusetzen hast Du recht, da es sich hier um eine Gradwanderung zwischen zwei Fraktionen handeln würde, die sich eben nicht mehr solidarisch miteinander Auseinandersetzen können.

Für den Fall, daß Du meinst für eine Fraktion Partei ergreifen, hast Du auch recht, da zu wenig Informationen momentan zugänglich sind. Und selbst wenn es genügend Informationen gibt wird es fraglich sein, ob "wir",

Anzeige

Aus der Türkei ***** Aus Türkei-Kurdistan ***** Aus der BRD

Tatsachen

Zeitschrift der Förderung der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)

2monatige Zeitschrift der Förderung der Demokratischen Arbeitervereine a.d. Türkei i.d. BRD e.V. (DIDF)

Beiträge zu den Themen

- AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus
- Probleme der Antifa-Arbeit
- Berichte und Analysen über die Entwicklung in der Türkei und Kurdistan
- aus den Gefängnissen in der Türkei und Türkei-Kurdistan
- kulturelle Aktivitäten
- Internationale Solidarität

Einzelpreis: DM 2,50 + Porto

Abonnentenbedingungen:

10 Nummern 20,- DM + Porto

20 Nummern 40,- DM + Porto

Zu bestellen bei:

DIDF

Jägerstr. 77

47166 Duisburg

"deutsche AntifaschistInnen", in diesem Konflikt überhaupt Partei ergreifen können und dürfen.

6. "...die Musik der Gruppe Yorum..."

"Ich esse auch gerne Döner"

Ich wollte es nur hervorheben, dazu mehr zu schreiben ist mir zu blöd.

7. "An die Autonomen gerichtet..."

Leider werde ich mich hier kurz fassen um nicht allzu emotional zu werden, da ich mich hier direkt angemacht fühle.

Natürlich ist es übel, wenn unbeteiligte zwischen die Fronten geraten. Ich frage mich allerdings, wer ist unbeteiligt wenn Cops türkische und kurdische GenossInnen angreifen?

Was ist kurzfristig am halten von Abmachungen? Ist es nicht eher ein Beweis von Zuverlässigkeit? Vielleicht solltest Du Dich mal informieren!

Was heißt hier "abgefahren"? Klar, es gibt Leute die auf Randal abfahren. Daß das Scheiße ist wissen die Autonomen selber, nachzulesen in jeder dritten Interim. Aber daß alle die "mitmachen" darauf "abfahren" ist eine Unterstellung.

Die "entsprechende Provokation" waren Prügel und Festnahmeversuche mit anschließender Kesselung. Dies als "provozierendes Auftreten" oder "entsprechende Provokation" zu bezeichnen ist verharmlosend und ein Schlag ins Gesicht für GenossInnen aus militanten Bewegungen.

Eine Reaktion von Militanten als "Profilierungsbedürfnis" zu bezeichnen ist dann schon eine Unverschämtheit, die die Frage aufwirft, für wen Du eigentlich schreibst und was Du bezwecken willst.

Desweiteren bezieht sich die Frage wo wart ihr in Rostock auf die Inbrandsetzung des "AusländerInnenwohnheims" und damit auf das Verhalten der

Anzeige

Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung

Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH

Planung und Montage
umweltfreundlicher Energiesysteme
Heizung, Elektroinstallation, Sanitärinstallation

z.B. Solaranlagen

Für Warmwasser
und Stromerzeugung

denn: Der nächste Sommer kommt bestimmt!

Karl-Hermann-Straße 14 · 4352 Herten · Tel.: 0 23 66 / 4 39 65

Cops anlässlich mehrerer versuchter Morde. Du setzt dies mit ein paar kaputten Scheiben der Deutschen Bank gleich. Und da besteht ja wohl ein Unterschied, sowohl in Motivation als auch in der Durchführung.

Woher weißt Du was falsch und was richtig verstandene Solidarität ist?

Irgendwann hört bei mir das Verständnis auf, genau da, wo Du uns Unvernünftig nennst (Du bist schließlich vernünftig). Wo Du das Gewaltmonopol des Staates akzeptierst, wo Du die Uralte Totalitarismusthese als erstmalig nach Solingen (Graue Wölfe gleich Autonome) aus gibst.

Daß Militanz negativ für eine Demo ist, kann ich auch in der Bild lesen.

Und natürlich können Nicht-Organisierte in Teufels Küche kommen. Ich erinnere mich an einen Artikel eines männlichen Redaktionsmitgliedes eurerseits, daß bei der Ingrid Strobel Demo 88 im Frauenblock fotografierten wollte.

Als letztes zu diesem Artikel:

Also bitte keinen Mystizismus und keinen Größenwahn - Deinerseits

Zum zweiten Artikel: "Der Tag X in Bonn - ein Erlebnisbericht"

Zuerst eine Grundsätzlichkeit: Wenn Du einen Erlebnisbericht schreibst und an den Vorbereitungen zum Tag X nicht teilgenommen hast, und die "bösen" und "dummen" Autonomen kritisierst, weil sie sich nicht so richtig ans Konzept hielten, dann informiere Dich wenigstens im Nachhinein über das Konzept und die Entstehungsgeschichte des Tag X! Du DEMO-TOURIST !!

1. "...neben den Grünen und der PDS waren unter anderem auch Pax Christi, amnesty international, SJD Die Falken, Gewaltfreie Aktion und der NRW-Flüchtlingsrat mit eigenen Ständen vertreten, ferner die Autonomen."

Ich nehme dies als erstes Zitat, weil Du hier eigentlich erstmalig auf die Aktionen eingehst und vor allem weil ich etwas klarstellen möchte, daß sich vielleicht ein bißchen nach Selbstbeweihräucherung anliest. Richtig müßte es nämlich ungefähr so heißen: Neben den Autonomen, die einzigen, die Ihre vorher Verbindlichen Zusagen über die Anzahl der zu

Mobilisierenden übertrafen, mit ihrem Blockadekonzept, das von anderen Gruppen akzeptiert und zum Großteil bei den Vorbereitungen zum Tag X für gut befunden wurde und auch der Planung entsprechend mit Erfolg durchgesetzt wurde, mit Ständen...

Ich will anderen Gruppen damit nicht auf die Füße treten, aber, und das wissen die meisten auch selbst, sie haben sich zum Teil erheblich verschätzt, was die Zahl der Leute angeht die sie Mobilisieren wollten. Die Autonomen sprachen vorher von ca. 4000 Leuten, die sie für das Blockadekonzept mobilisieren und das haben sie auch geschafft. Bei Organisatorischen Dingen verhält es sich eher umgekehrt, da ist es bei den Autonomen nicht so abgelaufen wie vorher angesprochen, dafür haben sich andere Gruppen wirklich selbst übertroffen.

Insofern, in Betrachtung der Vorfeldabsprachen und ihrer Einhaltung, sollten wohl alle Gruppierungen gleichwertig nebeneinanderstehen. Dies bedeutet eine Aufzählung der Organisierenden Gruppen ohne Abstufung wie Du es tust. Ferner waren es nicht "die Autonomen", die gibt es gar nicht, sondern das Städteplenum (steht auch so in den Erklärungen der verschiedensten Organisationen zum Tag X, einfach mal reinschauen!). Daher übrigens auch "die Delegierten".

2. Du schreibst, daß die BRD nach der Abstimmung die gleiche sei wie vorher und das die die was anderes sagen sich Illusionen über den Parlamentarismus machten. Hinterher schreibst Du, die Grundgesetzänderung sei die "verbale(n) Aufrechterhaltung des Artikel 16 des Grundgesetzes bei faktischer Ausserkraftsetzung desselben durch Artikel 16a". Erstmal ist der Artikel 16 nicht außer

Kraft gesetzt, sondern wenn überhaupt nur ein Teil. Und bei diesem Teil stellt sich die Frage ob er vor der Abstimmung noch praktische Bedeutung und damit Gültigkeit hatte. Die BRD hat sich natürlich nachher geändert, in der Flüchtlingsarbeit ist das jetzt schon zu merken. Abschiebungen z.B. werden noch dreister Durchgeführt als vorher schon.

Falls Du es noch nicht gemerkt hast, nach Deiner Anfangsaussage hast Du noch Illusionen über den Parlamentarismus.

3. Als letztes (weil ich einfach keine Lust mehr habe)

Ziel war zu keinem Zeitpunkt eine Verhinderung der Abstimmung, da nach allgemeiner Einschätzung dies nicht Möglich war. Während das Städteplenum (für Dich die Autonomen) als Konzept (übrigens die ersten mit konkretem Aktionskonzept überhaupt) die Blockade des Bundestags an der Bannmeile hatten wollten andere Gruppen die Bannmeile "verletzen". Ziel des Städteplenums war international eine "gute" Presse zu bekommen und zu zeigen, daß Widerstand nicht nur nötig, sondern eben auch Möglich ist. Nach dem was Du über die Holländische Presse schreibst ist uns das ja zumindest Teilweise sehr gut gelungen. Warum kritisiert Du es dann so vehement?

Autonome und vor allem türkische und kurdische Gruppen versuchten im Anschluß an die erfolgreiche Blockade eine Demonstration in die Innenstadt durchzusetzen, was mißlang. Daraufhin wurde der Versuch unternommen in die Bannmeile einzudringen. Hier kam es nach, besser während des Abbruchs zu Ausschreitungen der Polizei. Als normale Reaktion wurde der Versuch, durchaus auf verschiedene Arten, unternommen die Cops wieder zurückzudrängen. Desweiteren wurde im

Vorfeld von Seiten des Städteplenums gesagt, daß "wir" uns deeskalierend verhalten werden, jedoch Angriffe seitens der Staatsmacht nicht unbeantwortet lassen. Eine Stellung die im Bündnis akzeptiert wurde. Wieso regst Du dich dann darüber auf? Du sagst selbst, das der Angriff auf die Demonstration während "unseres" Rückzuges stattfand! Und wieder kommst Du mit den Medien, die die Gewalt als Aufhänger nahmen und wie schlecht das für die Demo und die Aktionen gewesen sei. Gleiche Argumentation nachzulesen in "Bild jeden Tag".

Wenn Du Gewalt als politisches Mittel grundsätzlich ablehnt, dann Schreib das auch einfach so. Dann entsteht nicht der Eindruck, das Du unter Umständen denkst Gewalt ist ein akzeptables Mittel solange es nicht "Autonome" und "Türken" sind, die sie ausüben.

Ich fordere, sowohl von Dir, als auch von der AntifaZ eine Stellungnahme warum so etwas geschrieben bzw. gedruckt wird.

Den Abdruck in der AntifaZ fordere ich sowieso, vollständig und von mir aus auch kommentiert.

Mit freundlichem Gruß
ein Autonomer

P.S.: An die AntifaZ

Auf den Seiten 40 und 41 eurer Ausgabe steht mehrmals "Druck ausüben" auf Boykottbrecher und Serbien und die müssen dann auch zur "Verantwortung gezogen werden". Ist die UNO eurer Meinung nach eine revolutionäre Organisation zur Erhaltung des Weltfriedens und zur Abschaffung der Klassen in der Welt oder warum übernehmt ihr ihre Forderungen?

(Anmerkung d.S.: Der Text wurde wörtlich - einschließlich der eigenwilligen Rechtschreibung - abgedruckt)

STELLUNGNAHME ZU DEN BEIDEN LESERBRIEFEN

Zum 1. Leserbrief

Du hast Recht, wenn Du feststellst, daß wir Leute auch aus dem autonomen Spektrum für uns gewinnen wollen. Insofern steckt in dem, was wir schreiben, auch Eigeninteresse. Ich bin mit Dir auch darin einer Meinung, daß man nicht alle Autonomen über einen Kamm scheren kann, denn dann könnten wir uns unsere Bemühungen sparen.

Was Demonstrationen betrifft, so bin ich allerdings der Meinung, daß ein wesentliches Element einer Demonstration darin bestehen muß, sich an eine breitere - möglichst breite - Öffentlichkeit zu wenden und da etwas von dem, was ausgesagt werden soll, "rüberkommen" zu lassen. Dabei können und dürfen wir uns nicht auf eine linke Szene beschränken.

Ziel meiner Stellungnahme zu Devrimci Sol und den Autonomen war es (auch unterstützt durch den Bericht über den Tag X in Bonn, den ich übrigens mit anderen Mitgliedern des Demokratischen Arbeiter- und Jugendvereins Dortmund, die mit mir zusammen dort waren, auf Richtigkeit der Fakten hin abgeklärt hatte), bei Euch den Gedanken der Bündnisfähigkeit und der bewußten Suche nach Bündnispartnern nahezulegen. Was ich geschrieben habe, war meine ehrliche Sicht der Dinge, zugegebenermaßen als jemand, der an den Vorbereitungen nicht beteiligt war. Sollte etwas

sachlich zu korrigieren sein, so wäre das nur wünschenswert, denn vor der Wahrheit hat von uns niemand Angst.

Insofern ist die ausführliche Darstellung von Differenzen zwischen Euch Autonomen begrüßenswert. Das könnt Ihr natürlich besser als ich schildern.

Nach dem Gesagten und von Dir sachlich auch noch Untermauert halte ich daran fest, daß mich in Bonn mein Gefühl, daß zumindest einige unter Euch die Rolle der eigentlichen Vertreter des deutschen Volkes haben spielen wollen, nicht getrogen hat. Andere von Euch haben sie dabei behindert. Absprachen kann es VORHER nicht gegeben haben, denn sonst wäre nicht zu begreifen, daß das von Dir so genannte Städteplenum VOR ORT Demokratie zu spielen suchte, während ein Teil derjenigen, FÜR die dabei entschieden werden sollte, sich in heftiger Auseinandersetzung mit der Polizei befand, die vom Wagen herab für die Unentschiedenheit Eures "Städteplenums" auch noch verantwortlich gemacht wurde. Das war eine Farce. Du magst diese Feststellung ruhig zum Kotzen finden.

Zu dem, was Du Thea vorwirfst, wird sie selbst Stellung nehmen können, wenn sie von ihrer Kurdistanreise zurück ist. Sie hat eine deutlich andere Haltung zu Euch, was aus ihrem Artikel zu Solingen auch ganz klar zu ersehen ist.

Zum 2. Brief

Was Deinen ersten Gedanken anbelangt, hast Du Recht: Natürlich mußte ich mit Gewalt auch seitens solcher Kräfte rechnen, die zu den fortschrittlichen gezählt werden oder sich dazu zählen. Aber eine fortschrittliche Gewalt war das dennoch nicht, denn sie nahm zumindest fahrlässig in Kauf, um einer Lösung von - wie Du es nennst - "innerparteilichen Problemen" willen Menschen, die außerhalb dieser Parteiauseinandersetzung standen, in den Konflikt hineinzuziehen.

Für so naiv, daß ich nicht wüßte, daß auf solchen Demonstrationen Menschen mit sehr unterschiedlichen Haltungen und Motiven teilnehmen, darfst Du mich und unsere Leser nicht halten. Ich nehme mir dennoch das Recht, an bestimmten Haltungen Kritik zu üben, selbst wenn die Kollektivbezeichnung, unter der ich diese Haltungen erlebt habe, mehr Leute umfaßt als die von mir Kritisierten. Diese gehören jedenfalls dazu.

Ich bin nicht bereit, Dir darin zu folgen, daß ich mich als Weißer und Westeuropäer mit Kritik an einer türkischen revolutionären Gruppe zurückzuhalten hätte. (Die Türken und Kurden sind übrigens auch Weiße, oder? Und ein beträchtlicher Anteil von ihnen ist in Westeuropa beheimatet.) Sobald wir miteinander in Berührung kommen, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als Stellung zu nehmen.

Anzeige

BUCHLADEN TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
• ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
• MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA
Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

Oder darf ich mich auch dann nicht äußern, wenn ich selbst betroffen bin?

Ich kann Dir auch in Deiner Rechtfertigung der Parole "Es lebe unser Führer Karatas" nicht folgen. Führerkult hat auch unter den fortschrittlichen Kräften in der Geschichte wiederholt nachteilige Folgen gehabt und hat es im vorliegenden Fall mit Sicherheit. Was soll man denn davon halten, wenn Mitglieder von Devrimci Sol, die sich gegen den autokratischen Führungsanspruch von Karatas wenden, zuerst zu Verrätern erklärt werden, kurz danach jedoch, als sie von der türkischen Polizei umgebracht werden, ohne Umschweife zu Märtyrern der Sache erklärt werden? Sollen sich da nicht die Mitglieder verarscht fühlen dürfen? Dennoch haben das zahlreiche Angehörige dieser Organisation noch nicht mitgekriegt und lassen sich daher dafür gewinnen, auf die anderen einzuschlagen. Und diese dreschen zurück, weil sie sich nicht als Putschisten beschimpfen lassen wollen. Von einer Offenlegung der wirkli-

chen Kampfpositionen kann dabei keine Rede sein.

Das ist meine Sicht der Dinge, mit der ich mich bewußt zurückgehalten habe, eben weil die Positionen nicht offengelegt sind und weil es mir dabei um etwas anderes ging, nämlich darum, den Riß zwischen Ziel und Weg aufzuzeigen, ein Riß, der bei einem gewissen Gewöhnungseffekt durchaus in Zynismus übergehen kann. Wenn Du dafür Verständnis bringst, kann ich Dich zumindest in diesem Punkt nicht als fortschrittlich in dem von mir gemeinten Sinne ansprechen.

Generell möchte ich jedenfalls festhalten, daß ich für eine Welt eintrete, in der möglichst viele, wenn nicht alle, Menschen in die Lage versetzt werden können, AUTONOM zu denken und zu handeln.

Devrimci Sol war in der Tat eine der größten revolutionären Organisationen in der Türkei (nicht die größte). Sie hat sich in der Vergangenheit zweifellos große Verdienste im Kampf für die Menschenrechte erworben, man denke nur an die Parteinahme für diejenigen, die in den

Gecekondular (Slums der Großstädte) hausen. Meinst Du, ich hätte vergessen, daß es gerade Angehörige von Devrimci Sol waren, die sich für die 8000 Menschen in dem Istanbul Armenviertel Küçük Armutlu eingesetzt haben, das plattgemacht werden sollte, weil es die reichen Villenbesitzer nebenan störte, sich so etwas angucken zu müssen? Gruppen wie Yorum haben aus dieser Haltung heraus ihre besten Lieder gemacht.

Es ist aber auch eine Tatsache, daß schon so manche im Ansatz sehr fortschrittliche Organisation nach einiger Zeit im Sumpf gelandet ist. Und ich fürchte (ich hoffe es nicht), daß Devrimci Sol auf dem Weg dorthin ist. (Die Stellungnahme von mir ist übrigens auch auf türkisch - in Emegin Sesi - nachzulesen. Die dortige Fassung des Textes an Devrimci Sol ist allerdings etwas ausführlicher, insbesondere auch in dem Punkt, was ich unter den Lösungsmöglichkeiten angeführt hatte; dagegen ist der Teil an die Autonomen dort mit Ausnahme eines auch auf Devrimci Sol anwendbaren Satzes weggefallen. In der AntifaZ dagegen wurde er - mit meinem Einverständnis - noch um einen Punkt erweitert. Aber da Du Dich so intensiv mit Devrimci Sol befaßt hast, werden es Dir die Mitglieder dieser Organisation längst gesagt haben.)

Wenn Du einschlägige Erfahrungen von mir in puncto Massenlinie ansprichst (ich weiß nicht, wie gut Du mich kennst, denn ich weiß ja nicht einmal, wer Du bist), so hast Du sicher nicht ganz Unrecht. Viele Fehler, die auch ich mitgemacht habe und die uns gerade den Zugang zu den Massen versperrt haben, macht ein großer Teil von Euch Autonomen heute wieder. Ich versuche heute, derartige Fehler zu vermeiden.

Dein Parteibild, wonach "innerparteiliche Probleme nur innerparteilich zu lösen" sind, kann ich nicht akzeptieren. Denn damit schottet sich eine Partei gegen Kritik aus den Massen, die doch von ihrer Politik angesprochen und in sie einbezogen werden sollen, ab. Und falls eine solche Partei mal die Macht in die Hände bekäme, müßte man dann nicht befürchten, daß sie selbst sich über die Massen hinwegsetzt? Wäre das das, was Du anstrebst? Was hätte das noch mit - Deiner und meiner - Autonomie zu tun?

Als mit Vernunft begabter Mensch bin ich nicht nur für das verantwortlich, was ich will, sondern auch für die Wirkung dessen, was ich tue. Und wenn ich antifaschistisch arbeite, will ich nicht Wirkung nur bei einigen fortschrittlichen Menschen erzielen, sondern bei möglichst vielen Menschen, eben um dem Faschismus das Wasser abzugraben, sprich: die Massenbasis zu entziehen.

An meiner, wie ich meine: sehr vorsichtigen, Kritik in bezug auf das Verhalten vieler Autonomen (sicher nicht aller) insbesondere auch in Solingen halte ich fest. Wenn jemand sich ähnlich wie Faschisten verhält, muß er auch damit rechnen, mit solchen verwechselt zu werden. Trotz zahlreicher Aufrufe seitens des Lautsprecherwagens der Autonomen, sich nicht von der Polizei provozieren zu lassen, traten viele von Euch sehr provokant auf. Jedenfalls hat ein solches Verhalten sicher viele ganz "normale" Menschen davon abgehalten, sich einzureihen, auch wenn sie das Bedürfnis hatten, ihren Abscheu über den Solinger Mord zum Ausdruck zu bringen. Ich will auf solche Menschen aber nicht verzichten. Zum konkreten Verlauf möchte ich dennoch ein paar Takte sagen: Nach dem, was ich

erfahren habe, spielte sich die Sache etwas anders ab, als Du sie schilderst. (Den Anlaß habe ich selbst nicht unmittelbar erlebt und kann daher für meine Version nicht die Hand ins Feuer legen; daher hatte ich davon im Offenen Brief auch nichts gesagt. Sie weicht auch von der Version, wie sie Thea in der AntifaZ geschildert hat, ein wenig ab. Kannst Du für Deine eigene Version garantieren?)

Auf dem Platz soll jemand mit einer Pistole herumgefuchelt haben. Schüsse waren jedenfalls zu hören. Nehmen wir einmal an, daß es eine Schreckschußpistole war. Der Pistolero könnte natürlich ein Agent provocateur gewesen sein, der die Aufgabe hatte, ein Eingreifen der Polizei zu ermöglichen. Einen schlüssigen Beweis dafür, ob das stimmt, habe ich nicht. Aber selbst wenn es kein Pistolenheld gewesen sein sollte, sondern ein Autonome: Der Betreffende war auf jeden Fall deutsch und nicht, wie Du schreibst, türkisch oder kurdisch; da waren sich diejenigen, mit denen ich gesprochen habe, ganz sicher. Die Tatsache, daß die Polizei zwischen Euch ging, um ihn zu ergreifen, war eine Provokation. Angesichts Eurer - wie Du es nennst - Militanz (ein

beschönigender Ausdruck), die sich unter anderem in Steine- und Flaschenwürfen äußerte, bot sich der Polizei die Möglichkeit zur Prügelei, Kesselung usw., wie Du sie beschreibst und wie sie auch auf einem Videofilm zwar nicht unmittelbar zu sehen, aber an den Reaktionen der Demonstrierenden deutlich ablesbar ist. (Der Anlaß selbst ließ sich daraus allerdings nicht ersehen.) Angehörige von DİDF, die im Wissen um die Widersprüche zwischen den beiden Fraktionen von Devrimci Sol bis dahin die "Kampfhähne" davon abgehalten hatten, aufeinander loszugehen, versuchten daraufhin, zwischen die Fronten zu gehen, um türkische und kurdische Kinder, Frauen und alte Menschen, die zahlreich in eure Auseinandersetzung mit der Polizei geraten waren, vor Schäden zu bewahren. (Für dieses besonnene und mutige Verhalten empfand ich Bewunderung.) Im Nu war der Platz wie leergefegt. Zugleich gingen die beiden Fraktionen von Devrimci Sol, nun nicht mehr in Schach gehalten, aufeinander los. Bezeichnenderweise hielt die Polizei sich DA zurück. Die Polizei war übrigens während der oben beschriebenen Provokation vom Podium über Lautsprecher

Anzeige



Kurt-Schumacher-Platz 1a, 44787 Bochum
Eingang Hellweg, Tel.: 0234/ 12967

TÄGLICH GEÖFFNET AB 18.00 UHR

darauf hingewiesen worden, daß sie zugesagt hatte, sich nicht einzumischen. Das war ihr VOR der Demonstration in zähen Verhandlungen abgefordert worden, weil sich die Verantwortlichen an fünf Fingern ausrechnen konnten, auf wessen Seite sie eingreifen würde. Angesichts dieser ohne weiteres vorhersehbaren Entwicklung hätten Ihr die Festnahme des Betreffenden (wenn Ihr ihn schon nicht vor dem Zugriff durch bloßes Abschirmen hätten schützen können) dulden müssen. DAS wäre fortschrittlich gewesen. Ihr in Euren bloß an Einzelpersonen ausgerichteten Denken wart aber gar nicht in der Lage, verantwortlich für ALLE zu handeln.

Und wenn es sich tatsächlich um einen Pistolenhelden gehandelt hat, gab es nur zwei Möglichkeiten: Entweder Ihr (oder andere Leute aus der Demonstration) entwaffnet ihn und gebt die Waffe der Polizei ab, oder Ihr laßt ihn von der Polizei festnehmen. Etwas anderes wäre in der heutigen Zeit einfach idiotisch. Damit erkenne ich an, daß die Polizei zur Zeit mächtiger ist als ich und ich mit ihr nicht unnötig Ärger bekommen will.

Das Stillhalten der Polizei beim Einwerfen der Scheiben der Deutschen Bank auf dem Weg zum Kundgebungsplatz läßt sich so deuten, daß diese eine Störung auf dem Kundgebungsplatz beabsichtigte und daher vorher NICHT einschritt. Sie brauchte dazu vielleicht auch die Steinwerfer noch, um für ihre Einmischung ein Argument zu haben.

Hast Du (oder haben die "Zusammenhänge", in denen Du vermutlich steckst) mal über Euren Rückzug nach der Kundgebung in Solingen Überlegungen angestellt? Vorneweg marschierte der Block der

zahlenmäßig starken Autonomen, dahinter zwei aus jeweils höchstens zehn Personen bestehende Reihen mit Transparenten der türkischen Organisationen Ekim und DIDF, nach diesem "Filter" (so verstanden sich die Betreffenden selbst) folgte das Riesenaufgebot der Polizei in ihren Fahrzeugen.

Die Beamten konnten zufrieden nach Hause fahren, denn ihre eigentliche Aufgabe, die Demonstration als ein von Euch erzeugtes Gewaltchaos erscheinen zu lassen, war erfolgreich abgeschlossen. Daß einer von ihnen einem am Boden Liegenden den Stiefel ins Gesicht gesetzt hatte, hatten ja nicht viele Leute mitgekriegt. (Du hast es auch nicht erwähnt.) Oder hast Du eine bessere Deutung? (Inwieweit ich damit bei Euch vielleicht "offene Türen einrenne", entzieht sich meiner Kenntnis. Wir werden es bei künftigen Demonstrationen vielleicht sehen.) Ein abschließendes Urteil, ob der Tag X in Bonn oder die Demonstration in Solingen gelungen waren oder nicht, hatte ich mir übrigens nicht erlaubt. Dazu hätte ich erst darstellen müssen, was ich mir an Wirkung versprochen hätte. Ich habe jedoch von Schaden gesprochen, der durch das Verhalten von Leuten aus dem autonomen Spektrum (übrigens in der Regel Männern) die Wirkung der Demonstration nach außen beeinträchtigt hat. Und daran beißt keine Maus einen Faden ab, ob Dir das nun paßt oder nicht. Mein Urteil wird übrigens bei DIDF geteilt (dort ist jedoch stärker von einem Mißlingen der Aktion die Rede). Es macht schon einen Unterschied, ob die bürgerlichen Medien genüßlich sich prügelnde "Chaoten" auch unter der von den Nazimorden betroffenen Minderheit darstellen können oder von einer eindrucksvollen Demonstration

gegen dieses Verbrechen berichten müssen.

A propos "Demo-Tourist" und "Politprofis". Ich bin weder ein Demonstrationsprofi, noch besteht unsere Redaktion aus Politprofis. Zu so etwas hätte auch niemand von uns Zeit. Wir sind (von einer Kollegin einmal abgesehen, die aber an der AntifaZ auch nichts verdient) nicht einmal Berufsjournalisten, wohl aber aufmerksam registrierende und mit unseren (unterschiedlichen, auch nicht ein für allemal festgelegten) Ansichten nicht hinter dem Berg haltende Antifaschistinnen und Antifaschisten. Von daher danke ich für die Aufklärung betreffend die Zusammensetzung des Städteplenums in Bonn. Ich habe es wirklich nicht gewußt. So viel dazu. Das ist längst nicht alles, was ich zu Euren Leserbriefen zu sagen hätte. Aber das erschien mir am wichtigsten.

Klaus Dillmann

Anzeige



CAFE IM LANGEN AUGUST



Mo-Fr 10-22 Uhr

So 10-19 Uhr

Braunschweiger Str.22/Nordmarkt

46 Dortmund 1 Tel 83 01 47

SANFTE GEWALT MEDIATION

Nach den Morden von Solingen fällt es schwer, Worte zu finden, die dem Verhalten der politischen Schirmherren in Bonn gerecht werden, und eine andere Ebene politischer Vergewaltigung zu beleuchten, die wir zukünftig zunehmend erleben werden.

Die Kehrseite der Medaille einer die Rechten "aufheizenden" Politik ist die Zerschlagung jeder Opposition von Großprojekten, z.B. im Ökologiebereich. Es handelt sich um eine aus den USA/Kanada und Japan stammende und im Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB) auf deutsche Verhältnisse zugeschnittene Sozialtechnik namens MEDIATION. Begriffe wie "Harmonie", "Dialog", "Konsens", "Kompromißfähigkeit" u.ä. sollen verschleiern, um was es bei dieser Technik geht:

Die Durchsetzung kapitalistischer Interessen bei der Einführung und Ausweitung von Schlüsseltechnologien wie Atomkraft und Gentechnik, die Vereinnahmung jeder gegnerischen Kritik und Unterbindung von außer-medialen Auseinandersetzungen wie offener Protest, Streik, Blockade, Widerstand, Gerichtsverfahren. Einige Jahre feilten der Psychologe Hans-Joachim FIETKAU und andere WissenschaftlerInnen an der deutschen Ausgabe der Mediation, um sie fein dosiert unter Volk zu bringen. Auf der einen Seite versprechen sie den Betreibern Kostenersparnis und raschere Umsetzungsmöglichkeiten ihrer Pläne sowie ökologische Verbesserungen, auf der anderen Seite werden mögliche Oppositionelle im Vorfeld diffamiert: wer nicht bereit ist, sich mit den Herrschenden an einen Tisch zu setzen, um auf ihre Argumente einzugehen und im Endeffekt zuzustimmen, wird einer "Ich-Will-Haltung" beschuldigt, "lediglich danach" trachtend, "sich selbst mit den eigenen Wünschen und Überzeugungen durchzusetzen". (1)

Noch ist Fietkau dabei, der Wirtschaft klarzumachen, welche Bedeutung dieses Verfahren zur Vermeidung von "Emotionalisierung, Moralisierung und Politisierung" für sie bringt. Und tatsächlich sind die ersten Begeisterten auch schon gefunden:

Unter dem Titel: "Neue Masche: Meditation heißt das neue Zauberwort, mit dem Behörden

hartnäckige Umweltschützer befrieden wollen", liefert

der Spiegel Nr. 15/1993 einige Beispiele aus dem Umweltbereich.

Ex-Greenpeace-Managerin Monika GRIEFHAN möchte mit diesem Verfahren in ihrer Rolle als SPD-Umweltministerin in Niedersachsen auf die sanfte Tour schwermetallhaltige Schlämme irgendwo an der Elbe deponieren.

Den "Abschied von absoluten, reinen und insofern unschuldigen Positionen", den "Verrat an der reinen Lehre" haben u.a. bereits Bürgerinitiativen und Umweltverbände in Neuss, im niedersächsischen Münchshagen und im baden-württembergischen Rastatt begangen (Spiegel 15/1993). Aber den SozialtechnikerInnen aus Berlin reicht das keineswegs: bedauernd stellt Helmut WEIDNER vom Wissenschaftszentrum Berlin im "Spiegel" fest, daß "echte Mediation" bei kontroversen Öko-Projekten hierzulande sehr rar sei. Dabei wäre es nach Fietkau so einfach, sich unliebsamer Auseinandersetzungen zu entledigen und "wachsendes Mißtrauen in Wissenschaft und Technik sowie zunehmendes Mißtrauen in Politik und Verwaltung" abzuschütteln. Und Skrupel wegen des "begangenen Verrats"? Keineswegs, denn: "Dieser Verrat war selbstbegangen".

Unter dem Deckmantel der Wissenschaft wird den Mächtigen ein zusätzliches Machtinstrument

an die Hand gegeben, das Gleichheit vorgaukelt, wo völlige Ungleichheit herrscht. Neutral soll der Vermittler sein, der zu den "konsensualen Lösungen" hinführt, Konfliktregulierung wird beschönigend genannt, was Durchsetzung bedeutet. Wie soll ein neutraler Mediator z.B. in der Auseinandersetzung um den Bau von neuen AKWs aussehn? Oder bei den gentechnischen Freilandversuchen? Vielleicht in einem anderen Gebiet bauen - aber bauen? Vielleicht zusätzliche Sicherheitsauflagen - aber durchführen? Nach dem Konzept der Mediation-Verfechter genau so.

Um es klarer herauszustellen: Der Begriff MEDIATION existierte im deutschen Sprachgebrauch, bevor die Sozialtechnik aus den USA eingeführt wurde. Sein Gehalt war allerdings durch vergleichbare Machtverhältnisse, nämlich zwei sich gegenüberstehende Staaten, definiert, zwischen die ein dritter Staat vermittelnd eintritt. Mediation (sprich Mediäschen) bedeutet dagegen eher das, was im deutschen Lexikon als "Mediatisierung" aufgeführt ist: die Herabdrückung kleinerer Reichsstände in die Abhängigkeit von größeren, unter Verlust der Landeshoheit; das, was Fietkau so lässig als "selbstbegangenen Verrat" abtut.

Große und kleine Verbände und Initiativen haben sich bereits auf den Kuhhandel eingelassen. das Öko-Institut am Tisch der Gen-Technokraten, Greenpeace bei den Konsensgesprächen über neue AKWs (sog. Energiekonsensgespräche); World Wide Fund of Nature und der Bund für Vogelschutz (Deutscher Naturschutzring) haben lt. "Spiegel" ihre Einsprüche gegen den Bau eines Daimler-Benz Werkes zurückgenommen, nachdem sie von der Stuttgarter Landesregierung einen dreistelligen Millionenbetrag erhalten hatten. So werden bei Bedarf Einspruchsrechte abgekauft oder anderweitig "Ablaßhandel" betrieben.

Der erste bundesweite "Runde Tisch" zur Gentechnologie ist nun aber nach zwei Jahren geplatzt: Öko-Institut und andere Organisationen wie z.B. BUND, Umweltinstitut München und Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) kritisierten die mangelnde Transparenz und die Schaffung von Tatsachen, die die Umweltgruppen dann legitimieren sollten.

Auch dieser "Runde Tisch" zur Technikfolgeabschätzung (herbizid-resistenter Gentech-Pflanzen) ist beim Wissenschaftszentrum Berlin angesiedelt und wird vom Bundesforschungsministerium mit 1,6 Millionen Mark finanziert. Projektleitung: Professor Wolfgang van den Daelen (WZB), Professor Alfred Pühler, Genetiker an der Universität Bielefeld, und Professor Herbert Sukopp, Ökologe an der TU Berlin. Die nach zwei Jahren

beendete "Kooperation" bedeutet eine ernsthafte Niederlage für Staat und Kapital. Denn laut van den Daelen vom Wissenschaftszentrum sollte "gerade dieses Verfahren beispielhaft vorführen, wie es gelingen kann, VertreterInnen aus der Industrie, den Behörden und den Umweltorganisationen gleichberechtigt an einen Tisch zu bekommen" (Genetischer Informations-Dienst (GID) Nr. 87, Juli 1993, S.11). Die "Dialog-Verweigerung" (GID) läßt die Industrie Schlimmes befürchten: verhärtete Fronten.

Am konsequentesten verhielt sich das Genethische Netzwerk Berlin: es zog sich gleich nach dem ersten Treffen zurück.

Wie ernst den Mediatoren die "Gleichschaltung" ist, bringt van den Daelen auf der Abschlußveranstaltung zum Ausdruck. Den "fundamentalen Widerstand der Umweltbewegung" hält er für eine "politische Katastrophe" und plädiert dafür, diesen "sinnlosen Widerstand" abubrechen (GID Nr. 87, S. 12).

Sowohl die unabhängige Anti-AKW-Bewegung wie Gruppen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie (um nur zwei Beispiele zu nennen) sind aber als Ganzes nicht an einen Tisch zu bringen, denn es gibt keine autorisierten VertreterInnen, die die Verhandlungen mit den Betreibern führen könnten. Hier liegt angesichts der Vereinnahmungsversuche durch bestellte Mediatoren eine gewisse Stärke. Auf der anderen Seite werden sich - wie oben gezeigt - die Herrschenden für

Anzeige

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 4630 Bochum 1
Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
 BIOLAND-Getreide
 Eigene Mühle



Informationen
 Betrieb in Selbstverwaltung

Mo.-Fr. 10.00-13.00Uhr, 15.00-18.00Uhr

ihre "konsensualen Lösungen" die großen Verbände als allgemeingültige Interessenvertretungen an den Mediationstisch holen. Diese werden damit zu Verbündeten gegen die unabhängigen Bewegungen, die dann entweder auch verstummen oder endgültig für ihre "infantile Form der Konfliktbewältigung" ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden.

Gegensätze aufzuheben bzw. GegnerInnen mundtot zu machen, ist keine Ausnahmeerscheinung der Ökologiebewegung. Seit der begonnenen Singer-Debatte versuchen Eugenik/Euthanasie-Propagandisten immer wieder, die GegnerInnen zum Gespräch an den Tisch zu holen. Geradezu lehrbuchhaft wird zur Diskussion miteinander eingeladen, soll doch erst einmal "Klarheit über Positionen und Beweggründe des Handelns bei anderen geschaffen" werden, bevor man pauschal Euthanasie und Eugenik ablehnt. Grundsätzlich kann mit Mediation jedes gesellschaftsrelevante Thema, das Widerspruch und Gegenwehr erwarten läßt, im Vorfeld angegangen werden. Durch das Abfangen sollen Verzögerungen durch Gerichtsprozesse etc. ausgeschaltet und dadurch den Konzernen Kosten erspart werden.

Die Mediation steht damit in einer Linie mit der Akzeptanzforschung, ebenfalls ein Importschlag aus den USA. Auch die Akzeptanzforschung wurde zunächst öffentlich im Ökologiebereich eingesetzt, um etwaige Gründe der AKW-GegnerInnen besser zu erfassen und ihnen die Argumente zu entreißen. Akzeptanzforschung kann aber viel mehr: sie ist in der Lage, aus KriegsgegnerInnen BefürworterInnen zu machen, indem sie entsprechende "Akzeptanzschwellen" für einen Krieg erforscht und dann die passenden "Motive" liefert.

Als klassisches und katastrophales Beispiel kann hierfür die Propaganda zur Einstimmung auf den Krieg gegen den Irak angeführt werden:

Im Auftrag des kuwaitischen Königshauses wurde in den USA direkt vor der Abstimmung des US-Senats zum militärischen Eingreifen in Irak eine Meinungsumfrage durchgeführt. Bewertet werden sollte, unter welchen Prämissen die SenatorInnen/BürgerInnen als erstes einem Krieg zustimmen würden. Auf Listenplatz Nr. 1 landete schließlich Babymord.

Daraufhin wurden dem Senat, der UNO, der Weltpressen Greueltaten von Saddam Husseins "Kinderschlächtern" präsentiert. Prompt stimmten US-Senat und fast alle UN-Mitgliedsstaaten dem Militäreinsatz zu. Von allen möglichen Linken und Ex-Linken in der BRD wurde der Krieg befürwortet.

Nachdem das Land in Schutt und Asche gebombt war, deckte eine Monitor-Sendung auf, daß der

Babymord nie stattgefunden hatte und die "Zeugen" direkt aus dem kuwaitischen Königshaus stammten. PR-wirksam hatte das Meinungsforschungsinstitut die Ergebnisse der Akzeptanzforschung in Show umgesetzt, die tausenden von zivilen Opfern die Lebensgrundlage entriß und den Tod brachte.

Soweit zur Akzeptanzforschung.

Erfassung von Meinung und Manipulation ist auch das angestrebte Ziel der Mediation. Ein wesentlicher Unterschied besteht allerdings darin, daß durch den von Fietkau propagierten "selbst-begangenen Verrat" auch das Recht aufgegeben wird, dem politischen Gegenüber im Nachhinein dessen Verhalten vorzuwerfen. Denn Mediation bedeutet, daß nicht mehr die Ziele, sondern die Motive des Gegenübers im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen. Sobald aber nicht mehr Ziel und Endprodukt Ausgangspunkt politischer Gegensätze sind, sondern die Beweggründe zur Erreichung des Ziels, wird eine neue Legitimationsebene eingeführt. Als Grundlage dient den Mediatoren dabei die Utilitarismustheorie, auf der u.a. die neue Euthanasiepropaganda basiert. Nach dieser Philosophie werden Wechselbeziehungen auf die Formel der Nützlichkeit bzw. der Benutzbarkeit reduziert. Alle außerhalb dieser Fragestellung befindlichen Aspekte wie mögliche negative Folgen werden zugunsten eines vorgeblichen Nutzeffekts (für das Gegenüber oder die Allgemeinheit) relativiert. Der eigentliche Coup besteht nun darin, Staat und Kapital Uneigennützigkeit zu unterstellen, wodurch jeder politische Angriff auf umstrittene Projekte als Angriff auf das Allgemeinwohl umgemünzt wird. Die Umkehrung der Fragestellung nach dem möglichen Schaden in die nach dem vorgeblichen Nutzen entzieht schließlich politische Entscheidungen dem Recht des Individuums auf Widerstand. Eine grundsätzlich ablehnende Haltung mit aktiver Behinderung einer als dem "Allgemeinwohl" nützlich erklärten Entwicklung, Forschung oder Einrichtung wird damit automatisch als "volksschädigendes" Verhalten gebrandmarkt.

Ist Akzeptanzforschung in erster Linie auf Manipulation ausgelegt, zeigt sich der "Erfolg" der Mediation am Ausverkauf der politischen Identität der dem Machtapparat gegenüberstehenden Gruppen. Mediation als Sozialtechnik zweier unterschiedlich mächtiger Parteien kann nur ein Machtmittel der Herrschenden sein. Und genau in diese Richtung wird und wurde am **Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin** mit jahrelanger Höchstfinanzierung durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie geforscht.

Gut eingestimmt durch Fietkau und durch Verlautbarungen aus der Kernforschungsanlage Jülich sowie der Basisresearch GmbH Frankfurt wird nun den "Initiativen gegen Atomanlagen" in der Zeitschrift "Atomwirtschaft" vom April 1993 "Dissenstrotz" vorgeworfen, also rein kindisches Verhalten. Es ist eine Frage der Zeit, bis "kindisch" durch "krankhaft" ersetzt wird.

Die Entmündigung der Einzelperson und die Diffamierung politischer Opposition wird zukünftig noch durch Ethikkommissionen untermauert werden, die als außerparlamentarische Instanzen eine scheinbar rechtmäßige VertreterInnenfunktion einnehmen. Wie bei der Mediation werden gerichtliche Verfahren abgefangen und zukünftige Entscheidungen durch "Konsensfindung" gerechtfertigt (2).

Noch bevor das Mediationsverfahren als Machtmittel von den politisch herrschenden Gruppen erfaßt wurde - die einzig uns bekannte kritische Auseinandersetzung findet sich in dem (von uns zitierten) Buch "Feuer in die Herzen" von Jutta Ditfurth -, kursiert nun als sog. Einführung in diese neue Sozialtechnik ein Buch unter dem Titel "Mediation. Vermittlung in Konflikten" vor allem in der Friedensbewegung. Wir kennen das Buch nicht, auch nicht den Autor Christoph Besemer. Deshalb können wir auch keine Aussagen über den Inhalt machen. Allerdings wird in zwei Rezensionen deutlich, daß der politische Bereich, in dem sich zwei unterschiedlich mächtige "Konfliktbeteiligte" gegenüberstehen, faktisch ausgeklammert wird.

Während die Rezension in der "Graswurzelrevolution" Nr. 179, Sommer 1993, zumindest einige kritische Fragen hinsichtlich der Praktikabilität bei ungleichen Partnern und das Problem "Konflikt" als grundsätzliche Vokabel aufwirft, fällt die Besprechung in "Friedens-Forum" (FF), Rundbrief der Friedensbewegung, vom März/April 1993 völlig unkritisch aus, ja, das Buch wird sogar "bestens zur Lektüre empfohlen".

Wie die "Grundlagen der Mediation zu Beginn des Buches vorgestellt", "die bisherigen Anwendungsbereiche beschrieben" und "speziell auf die Besonderheiten der Mediation im politischen Bereich" eingegangen werden kann, bleibt ein Geheimnis, wenn es am Ende der FF-Rezension heißt: "Etwas kurz ist leider der Teil zur Mediation im politischen Bereich. Hier bekommt man doch das Gefühl, daß einige Spezifika des Mediationsverfahrens im politischen Bereich nicht so zur Geltung kommen können, wie das bei persönlichen Konflikten oder Auseinandersetzungen im Nahbereich möglich ist, oft allein wegen der An-

zahl der Konfliktbeteiligten." (Friedens-Forum, S. 7).

Ein Blick in das Heft "Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament" vom 18. September 1992 hätte Besemer Einblick geben können. Sowohl in dem Beitrag von Zilleßen/Barbian: "Neue Formen der Konfliktregelung in der Umweltpolitik" wie auch in dem Beitrag von Fietkau/Weidner: "Mediationsverfahren in der Umweltpolitik" wird die eigentliche Absicht deutlich.

"Die Frage, wie in einer repräsentativen (!) Demokratie als notwendig erkannte Entscheidungen vollzogen werden können, wenn sie auf nachhaltigen Widerstand von Teilen der Bevölkerung stoßen, ist sicher nicht nur technologie- und umweltpolitisch aktuell" (Zilleßen/Barbian). Und damit es auch klappt, legen Fietkau/Weidner ein paar Seiten weiter besonderen Wert darauf, daß "eine (politische) Planungs- bzw. Entscheidungsaufgabe bestehen" muß, die Einzelpersonen praktisch ausschließt und stattdessen von "beteiligten Gruppen und Institutionen" getragen wird. Diese "beteiligten Gruppen und Institutionen" wiederum müssen Personen benennen, die sie (möglichst kontinuierlich) im Verfahren vertreten."

Literatur:

Jutta Ditfurth: Feuer in die Herzen. Plädoyer für eine ökologische linke Opposition, Hamburg 1992.

Das Buch ist z.Zt. nicht im Handel, weil Ernährungspapst Bruker Klage gegen Aussagen über ihn in dem Buch erhoben hat.

Gen-ethischer Informations-Dienst (GID) Nr. 87, Juli 1993

Der Spiegel Nr. 15, 12.4.1992

Friedensforum 2/93, März/April 1993

Graswurzelrevolution Nr. 179, Sommer 1993

Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B39.40, 18. Sept. 1992

Anmerkungen:

(1) sofern Zitate nicht einzeln gekennzeichnet sind, handelt es sich um Übernahme von Formulierungen von Fietkau, zitiert nach Jutta Ditfurth

(2) Mediation ist dabei nur eine Variante der in den USA Alternative Dispute Resolution (ADR) genannten staatlichen Entscheidungsverfahren.

Anti Atom Büro Dortmund/Juli 1993
Am Oelpfad 25, Dortmund-Hörde

EINIGE BEMERKUNGEN ZU EINEM ANTIFASCHISTISCHEN PROGRAMM

Der Antifaschistische Bund im Ruhrgebiet (AFB) hat sich eine Plattform gegeben. Das ist auch gut so, denn nichts ist schlimmer als theorielooser Aktionismus.

Ein Entwurf, der dem jetzt verabschiedeten bis auf einige kleinere neue bzw. gestrichene Passagen bis in den Wortlaut gleicht, gab es schon vor ca. zwei Jahren. Damals wurde er im AFB nicht diskutiert. Ich will jetzt hier nicht nochmals einen Alternativentwurf vorlegen, sondern einzelne Felder der für den Antifaschismus wichtigen Theorie, die z.T. auch in der AFB-Plattform angerissen werden, aufgreifen.

Der Faschismus wird als Gefahr nur hinsichtlich seiner möglichen Machtübernahme begriffen. Dies soll abgewehrt werden. Abgesehen davon, daß Antifaschismus natürlich mehr sein muß, als nur gegen das Böse an sich zu sein (er muß erklären, also nicht nur Phänomene wie Militarismus und faschistische Organisation beschreiben - und positiv für etwas kämpfen, aber dazu mehr weiter unten), wird hier ein Faschismus-Bild präsentiert, das so heute nicht stimmt, ja in dieser Totalität nie stimmte. Faschismus als Bewegung erfüllt - ob gewollt oder nicht - Funktionen in der bürgerlichen Gesellschaft. Als da z.B. wären Bekämpfung der oppositionellen und kritischen Kräfte (vulgo: der Linken), Ablenkung von wichtigen gesellschaftlichen Problemen und Betonung der historisch entstandenen *Spaltung* des privilegierten Teils der abhängig Beschäftigten von den Unterprivilegierten (Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen, Beschäftigte von Zeitarbeitsfirmen, AsylbewerberInnen, etc.).

Letzteres kann zu einer Identifikation mit der gesellschaftlichen Situation, d.h. auch mit

dem Imperialismus und der innergesellschaftlichen Segmentierung, durch Privilegierte führen. Die rechtsextreme Bewegung hat das Problem, daß alle Bundestagsparteien dieses Verlangen befriedigen, ihr Bestehen auf der Solidarität unter den Deutschen aber belacht wird, da es nicht im Interesse der Privilegierten ist, die Unterprivilegierten aber eher individuelle Problemursachen als die maßgeblichen identifizieren, wie das ja auch herrschende Ideologie ist.

Der Faschismus an der Regierung wird heute nicht gebraucht, weil unsere Gesellschaft *von der Basis her* schon rechtsextrem ist, und es keine irgendwie relevante Gegenkraft gibt. (Vgl. schon die "Sinus-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen" von 1980: 6 % befürworten faschistischen Terror, 13 % verfügen über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, und insgesamt verfügt über die Hälfte der Deutschen über autoritäre Bewußtseinsstrukturen).

Das heißt nicht, antifaschistische Tätigkeit sei sinnlos. Die Herrschenden können aber

augenblicklich alles *Gewünschte* durchsetzen. Antifaschismus richtet sich daher auch gegen die Mehrheit der Bevölkerung.

Der im 3. Teil der AFB-Plattform angegriffene völkische Rassismus nimmt den staatlichen lediglich "zu" ernst. Arbeitende, und daher auch verwertbare AusländerInnen (z.B. die TürkInnen von Mölln und Solingen) werden als Feindbilder nicht akzeptiert, auch wenn der Rassismus hier seine segmentierende Funktion aufs beste erfüllen kann. Die rechten Terroristen werden daher zwar nicht unbescholten gelassen, aber doch so behandelt, als hätten sie wegen ihrer Jugend noch nicht verstanden, daß der Rassismus kein Selbstzweck, sondern Mittel zur Durchsetzung von Interessen ist. Letztlich stimmt die Gesinnung, sie wird der Form nach nur falsch vorgetragen.

Es war in der BRD schon immer so, daß die Demokratie nicht politisch gewollt, sondern nur wegen der positiven ökonomischen Nebeneffekte (zeitweise ?) akzeptiert war. Es ist aber augenblicklich keine Kraft (= die Linke) ersichtlich, die den ökonomischen Erfolg (auch und gerade in einer schweren Strukturkrise) gefährden würde. Die VerliererInnen der Krise werden "unpolitisch", während die Gewinner(innen) weiter alles toll finden können. Zu einer Kritik der objektiv widerlichen Verhältnisse (Entfremdung, ökologische Degradation, Massenelend im Trikont, Armut, etc) *wollen* sie nicht fähig sein. Letzteres ist keine biologische Konstante, wir müssen daher alles tun, diese Interessenorientierung aufzubrechen, ihnen zeigen, was wirkliches Leben und Solidarität unter Menschen sein kann.

Im 4. Teil wird beklagt, daß es zu schwache Abwehrkämpfe gegen den Sozialabbau gäbe. Die Ursache hierfür liegt gerade in oben beschriebener Segmentierung, die Spezialinteressen konstituiert und zur sozialen Disziplinierung beiträgt. (Übrigens müssen hier in der Gewerkschaftsbewegung noch einige Sachen geklärt werden: wenn alle Gewerkschaften wie die IG Chemie auf die Politik der Stamm- und Randbelegschaften einschwenken, besteht die Gefahr, daß sie zu reinen Interessenorganisationen immer kleiner werdender Gruppen werden, also die

letzten Reste ihres politischen Charakters verlieren).

Diese beschriebene Entwicklung muß dem Programm entgehen, da es einfach alle abhängig Beschäftigten samt der Ausgegrenzten unter die Kategorie "arm" rubriziert.

Im Teil 5 des Programms wird geschimpft, daß die BRD "nur noch repressiv und autoritär" sei. Das stimmt. Nur ist das kein Zeichen eines heranreifenden Faschismus, sondern eine notwendige Erscheinungsform "demokratischer Staaten", deren Ökonomie auf partikularer Aneignung von Arbeitskraft und Naturressourcen beruht. Denn die Kapitalverwertung stößt ja "Gott sei dank" immer auf Widerstand. Wobei anzumerken ist, daß, weil der Widerstand z. Zt. klein ist, die Repression augenblicklich geradezu minimal ist. (Man vergleiche sie mit dem "Heißen Herbst" 1977 !).

Wenn der Rechtsextremismus also nur eine Verschärfung der augenblicklichen gesellschaftlichen Realität einfordert, die faschistische Ideologie also im wesentlichen eine bürgerliche - an der Kapitalverwertung orientierte - ist, muß der antifaschistische Kampf positiv geführt werden. Die private Aneignung von Arbeitskraft und Natur, das Wesen der kapitalistischen Ökonomie, trägt die Verantwortung für die Ohnmacht der Menschen in unserer Gesellschaft. Für die Einzelnen wird die Art der gesellschaftlichen Produktion unwichtig, der Mensch wird nur noch an dem gemessen, was er *verdient*, oder eben nicht verdient.

Das ist das Raster, mit dem auch der Faschismus operiert, nur eben auf mehr oder weniger terroristischer Grundlage.

Wir müssen also, wollen wir die üble faschistische Bewegung nicht nur als Symptom bekämpfen, was natürlich wegen der Konsequenzen, die auch dieses Symptom haben kann, trotzdem passieren muß, nicht weniger machen als uns für die Überwindung des Kapitalismus einsetzen.

Denn wer vom Antifaschismus redet, darf vom Sozialismus nicht schweigen !

Karsten Schneider
Thorsten Thiergarten

Haben Ärzte das Recht zu Morden ?

Zur Behinderten"ethik" des Peter Singer

Teil 1

Mit ihren sozialdarwinistischen Thesen erzeugen einige 'Philosophen', allen voran Peter Singer, bei Behinderten Empörung, denn sie sprechen ihnen ein Recht auf Leben ab. 1984 erschien das Buch "Praktische Ethik" in deutsch. Durch den erfolgreichen Protest von Behindertenverbänden wird 1993 kein zweites Buch mit Singers Thesen erscheinen.

Im Herbst diesen Jahres sollte ein Buch erscheinen, das schon vor seiner - nun ausgesetzten - Veröffentlichung bei zahlreichen Behindertenverbänden und Ethikern zu einer vehementen Diskussion und Protesten geführt hat. Es handelt sich um die deutsche Übersetzung von "Should the baby live" des australischen 'Philosophen' Peter Singer und seiner Mitarbeiterin Helga Kuhse.

Auf der Frankfurter Buchmesse im letzten Jahr demonstrierten Behinderte vor dem Stand von Rowohlt gegen die Veröffentlichung, "aus Empörung über die deutsche Ausgabe des umstrittenen Werks, in dem Singer seine Euthanasiethesen vertieft".¹ Aufgrund dieses und anderer Proteste hat sich Rowohlt nun doch entschieden, das Buch nicht auf den Markt zu bringen, dies meldete die Frankfurter Rundschau am 29. Mai.

1984 erschien bei Reclam die deutsche Übersetzung von "Practical ethics", ebenfalls von dem

Australier², welches in diesem Artikel besprochen werden soll. Bei dem Wissenschaftsverlag Volker Spiess GmbH Berlin ist 1990 ein Buch von Christoph Anstötz erschienen, das sich auch mit dem Lebensrecht Behinderter auseinandersetzt, auch dieses Buch wird weiter unten besprochen. Anstötz lehrt an der Universität Dortmund Behindertenpädagogik.

Das Wort "Euthanasie" stammt aus dem Griechischen und bedeutet so viel wie "schöner Tod". Euthanasie ist in Deutschland ein heikles Thema, die Nationalsozialisten töteten im Rahmen "der 'Euthanasieaktion' in den Jahren 1939 bis 1945 zwischen 100.000 und 200.000 psychisch Kranke und geistig Behinderte aus den Heil- und Pflegeanstalten des Deutschen Reiches, aber auch aus den besetzten Gebieten Polens und der Sowjetunion".³

Die Nazis töteten die Behinderten, die als unheilbar krank, geistig behindert und

arbeitsunfähig galten, da sie nicht in das Gesellschaftsbild paßten, das die Nazis schaffen wollten. Dabei waren sie auf die Mitarbeit von Hebammen, Geburtshelfern und Ärzten angewiesen, selbige wurden vom Reichsministerium des Inneren (RMdI) am 18. August 1939 angewiesen, alle behinderten Neugeborenen und Kleinkinder zu melden. Diese Meldungen wurden dem "Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden" zugeleitet, der dann über das Leben oder den Tod des als behindert gemeldeten Kindes entschied. Von wesentlicher Bedeutung bei diesen Entscheidungen war die 'Arbeitsfähigkeit' des behinderten Kindes und später auch des erwachsenen Behinderten. Entschied die Kommission, daß das Kind nie die Arbeitsnormen erfüllen würde, die es mindestens zu erfüllen hatte, dann wurde es in eine der "Kinderfachabteilungen" eingewiesen, die in etwa 30 Heil- und Pflegeanstalten

¹ s. SPIEGEL Nr.40/ 1992

² Praktische Ethik, Peter Singer 1979, übersetzt von Jean-Claude Wolf, erschienen 1984 bei Philipp Reclam jun. GmbH & Co., Stuttgart.

³ Aus: Euthanasie in Hadamar, Die Nationalsozialistische Vernichtungspolitik in hessischen Anstalten/-Begleitband, Hrsg. Landeswohlfahrtsverband Hessen.- Hessen: Thiele& Schwarz, 1991 - 259 S. III, Historische Schriftenreihe des Landes Hessen, Kataloge Band 1.

eingerrichtet worden waren. Dort wurde dem Kind meist Luminal, ein starkes Schlafmittel, verabreicht, an dem es dann starb. Die Nazis mißbrauchten die Euthanasie, um sich so der Menschen zu entledigen, die nicht in ihre Gesellschaftsordnung paßten.

Dieser Ausflug in die Geschichte soll nicht bedeuten, daß Singer & Co. beabsichtigen, ein ähnliches "Euthanasie-System", wie das der Nazis einzuführen, sondern es soll zeigen, was es heißt, wenn man von Euthanasie spricht; in welche Situation man Behinderte bringt, denen man sagt, daß man die Euthanasie einführen will. Die Behindertenverbände zweifeln mit ihren Kritiken und Protesten das Recht der Ärzte an, über Leben und Tod von behinderten Neugeborenen zu entscheiden. Sie befürchten, daß Ärzte - wie im Naziregime, bei dem die Euthanasie staatlich sanktioniert wurde - diese Entscheidungen aus der hohlen Hand, leichtfertig und mit Blick auf die Kosten, die ein Behinderter dem Staat machen wird, treffen.

Die erneute Wiederaufnahme der Diskussion um die Euthanasie seit 1979 (erstes Erscheinen von Singers 'Practical ethics' bei der Cambridge University Press) ist Ausdruck einer kranken Gesellschaft, die das Konsum- und Wegwerfprinzip schon so verinnerlicht hat, daß es vor dem Menschen selbst nicht mehr halt macht.

Die "Euthanasie"-Debatte muß in Zusammenhang mit den Schönheits- in Gesundheitsnormen gebracht werden, die von Presse und Werbung in die Köpfe ihrer Konsumenten implantiert werden. In dieser

Glitzer- und Glemmerwelt, von "Lätta-Diät-Margarine" und "Delial-Sonnenmilch", werden die Behinderten und Verkrüppelten systematisch ausgeschlossen. Die Normen für Schönheit und Gesundheit werden nicht von den Konsumenten entwickelt, sondern - im Sinne der arbeitsteiligen Gesellschaft - Konzernen überlassen. Für den allgemeinen Boulevard-Blattleser (so sehr man ihn auch bedauern muß) sind diese Menschen nicht präsent, was die Bildung von Vorurteilen und falschem Mitleid vergrößert. Die 'Philosophen', die die Euthanasie als einzig erlösendes Mittel vom "Leid des Behinderten" propagieren, finden natürlich in dieser, durch Industrie und Werbeagenturen irregeleiteten Öffentlichkeit, starken Zuspruch. Dies einkalkulierend, ist Singers Werk durchzogen von dem Gedanken, daß das Töten Behinderter gesellschaftlich wie strafrechtlich erlaubt werden muß.

Singer und Anstötz zählen sich zu den "Utilitaristen". Utilitaristen versuchen, die Summe der Lust auf der Welt zu vermehren und die Summe des Leides zu minimieren. Auf dieser Basis begründen sie auch ihre Überlegung, nicht nur geistig Behinderte, sondern auch Blut- und Spina-bifida-Kranke⁴ zu euthanasieren, weil sie die "Menge an Lust in der Welt herabsetzen". In ihrem Theoriegerüst unterscheiden die Utilitaristen zwischen zwei Sichtweisen des 'Problems'. Die eine nennen sie "Totalansicht". Diese "rechnet" den Schmerz und das Leid auf der Welt zusammen. Das Ziel der Utilitaristen ist es, einen großen "Lustüberschuß" zu bekommen; um dieses Ziel zu erreichen, dürfen Behinderte getötet werden. Die andere

Sichtweise berücksichtigt nur die Leidenden, die bereits existieren, sie wird "Vorausgesetzte-Existenz-Ansicht" genannt. Dieser Ansatz geht nicht von der Vermehrung der Summe der Lust aus, sondern er läßt eine intuitive, gefühlsbetonte Entscheidung über das Lebensrecht des behinderten Kindes zu.

Singer erklärt dem zweiten Ansatz eine Absage, da er auf einem gefühlsbetonten Urteil beruht. Für Singer, wie auch für Anstötz, ist jedoch nur eine rationale und logische Begründung als Klärung des 'Problems' möglich.

Anstötz untertitelte sein Buch mit dem Versprechen: "Einen Beitrag zur Ethik der Sonderpädagogik aus empirisch rationaler Sicht" dem Leser zu servieren. Die "Euthanasie"-Befürworter versuchen im Deckmantel der Empirie und der Abgeschlossenheit von Universitäten neue Denkmodelle zu entwerfen, die im Resultat faschistisch sind.

Schon der erste Ansatz singerscher Thesen gibt Aufschluß darüber, mit welcher Gefühlskälte, Ignoranz und Kaltschnäuzigkeit der Autor über Leben und Tod entscheidet. Singers Texte sind bemerkenswert sachlich und steril. Sie zeugen davon, daß sich Singer, ebenso wie ein Großteil der Öffentlichkeit, nie oder nur unzureichend mit dem Thema auseinandergesetzt hat, daß er nie wirklich mit Behinderten konfrontiert war, seine Bücher sind stattdessen Gespinste, die seiner Phantasie entspringen. Singer ist somit Sprachrohr derer, die in Behinderten nicht den Menschen, sondern vordergründig nur seinen

⁴ Eine Fehlentwicklung des Rückgrats, das in schweren Fällen zu einem Übermaß an Wasser im Gehirn führen kann, was eine verlangsamte Entwicklung des Hirnfunktionen zu Folge haben kann.

von der "Norm" abweichenden Körperbau, die andersartige Verhaltensweisen und vor allem das vermeintliche Leid der Behinderten sehen. Hintergründig mischt jedoch die Kosten-Nutzen-Rechnung in seinen Theorien mit. Seine Argumente sind austauschbar und erhalten erst dann einen vermeintlichen Sinn; so sollte, statt der fiktiven "Herabsetzung der Summe der Lust", die ein Behinderter in Singers 'Lustbilanz' angeblich verursachen soll, ehrlicher Weise die "Verschwendung großer Summen der ohnehin zu knappen Finanzmittel aus öffentlichen Töpfen" stehen, doch diese Formulierungen sind für die "Euthanasie"-Befürworter ein (noch!?) zu heißes Eisen, um sie in ihre öffentlich zugänglichen Thesenpapieren zu formulieren. Sie wählen stattdessen den Umweg über die Verschleierung. Natürlich wird jeder "Euthanasie"-Befürworter abstreiten, daß hinter den utilitaristischen Theorien auch nur im Ansatz die Kosten-Nutzen-Rechnung eine Überlegung spielt.

Die 'Euthanasie'-Befürworter wollen in einer, von der lästigen

Öffentlichkeit und den protestierenden Behindertenverbänden abgeschotteten Atmosphäre über Mord und dessen Legalisierung diskutieren⁵. Auf ihrer Seite wissen sie die, die jährlich mit neuen Schulden den öffentlichen Haushalt finanzieren müssen.

"Euthanasie"-Befürworter spekulieren auf die Etablierung ihrer Theorien in der Gesellschaft, bis aus strafrechtlicher Sicht "Euthanasie" nicht mehr Mord ist, sondern vermeintliche "Erlösung".⁶

Beide Autoren wollen nicht nur diejenigen Behinderten töten, die eine starke körperliche Behinderung haben, sondern auch die, die schwere geistige Störungen aufweisen, nämlich solche, die sich in ihrer Umwelt nicht als "destinkte Entität" erfahren. Diese bezeichnen sie als "menschliche Wesen", die zwar zur Gattung *Homo sapiens* zählen, jedoch nicht die "Bedingungen" für den Status einer Person "erfüllen". Als Person bzw. "destinkte Entität", bezeichnen sie die menschlichen Wesen, die selbstbewußt, selbstkontrolliert, neugierig, die fähig sind, mit anderen Menschen Beziehungen aufzunehmen, und die einen Sinn für Vergangenheit und

Zukunft besitzen. Diese Definition von "Person" geht zurück auf den Theologen Fletcher, der 1972 in seinem Buch "Indicators of humanhood: A tentative profile of man", fünfzehn positive und fünf negative Indikatoren für das "Menschsein" aufstellte.

Ein anderer Philosoph baute auf den Theorien Fletchers eine weitere auf, es war Michael Tooley. "Eine notwendige Bedingung für Tooley besteht darin, daß nur der ein Recht auf Leben haben kann, der über ein Selbstkonzept verfügt und fähig ist, sich ein bewußtes Leben zu wünschen."⁷ Daraus folgt für die Utilitaristen, daß man bei einem Wesen, das keine Rechte hat, nichts zu berücksichtigen braucht und es getötet werden darf.

Wenn hingegen ein menschliches Wesen die Fähigkeit hat, sich selbst zu erfahren, und seine Wünsche anderen mitteilen kann, dann sei jede andere Person verpflichtet, das Leben dieser Person zu respektieren.

bruno

⁵ Bei einer Tagung, die im Rahmen des WHO-Programms "Gesundheit 2000" 1989 in Marburg abgehalten wurde, geriet der Protest gegen einen Diskussionsbeitrag von Singer soweit, daß sich die Veranstalter vorsorglich entschlossen die Veranstaltung abubrechen. Genauso bei einer Veranstaltung in der Dortmunder Universität, zu der Anstötz den Australier eingeladen hatte, auch hier wurde der Protest gegen Singer so stark, daß sich Anstötz entschloß, die Veranstaltung nicht durchzuführen. Einzig in Saarbrücken konnte sich Singer gegen ein Pfeifkonzert durchsetzen.

Anstötz äußert für die Proteste der Behindertenverbände gegen Singer Unverständnis, er nimmt die Stelle eines Moderators ein, der Singer und seine Kritiker zusammenbringen will, und kann sich nicht erklären, warum die Behinderten nicht mit einem Sozialdarwinisten diskutieren wollen, der ihnen ein Recht auf Leben aberkennt.

⁶ Bei einer Tagung, die im Rahmen des WHO-Programms "Gesundheit 2000" 1989 in Marburg abgehalten wurde, geriet der Protest gegen einen Diskussionsbeitrag von Singer soweit, daß sich die Veranstalter vorsorglich entschlossen die Veranstaltung abubrechen. Genauso bei einer Veranstaltung in der Dortmunder Universität, zu der Anstötz den Australier eingeladen hatte, auch hier wurde der Protest gegen Singer so stark, daß sich Anstötz entschloß die Veranstaltung nicht durchzuführen. Einzig in Saarbrücken konnte sich Singer gegen ein Pfeifkonzert durchsetzen.

Anstötz äußert für die Proteste der Behindertenverbände gegen Singer Unverständnis, er nimmt die Stelle eines Moderators ein, der Singer und seine Kritiker zusammenbringen will, und kann sich nicht erklären, warum die Behinderten nicht mit einem Sozialdarwinisten diskutieren wollen, der ihnen ein Recht auf Leben aberkennt.

⁷ Aus Christoph Anstötz, "Ethik und Behinderung", S. 85

AUFRUF

ZUR ZWEITEN LANDESWEITEN ANTIRASSISTISCHEN AKTIONSKONFERENZ THÜRINGEN UND DEMONSTRATION AM 6. NOVEMBER 1993 IN ERFURT

Fremd im eigenen Land

Greif ein gegen Fremdenhaß, Rassismus und Neofaschismus!

Dem Humanismus und der Völkerfreundschaft eine Chance !

Seit dem letzten antirassistischen Ratschlag am 7.11.92 haben sich die Ereignisse überschlagen. 1992/1993 sind mehr Menschen Opfer rechtsextremistischer Gewalttaten geworden als im Jahre 1930, 3 Jahre vor der Machtübertragung an die NSDAP.

In zunehmendem Maße sind die Opfer rechtsextremer Gewalt auch Deutsche, Behinderte, Homosexuelle, Frauen, GewerkschafterInnen und Linke.

Das Verbot einiger militant neofaschistischer Gruppen wurde seitens der Bundesregierung so vorgenommen, daß es wirkungslos bleiben mußte.

Und gleichsam als eine Belohnung für den rechtsextremen Druck, einigten sich CDU, FDP und große Teile der SPD auf die Einschränkung des Asylrechts.

Die Blutspur, die Rassismus und Neofaschismus hinterläßt, konnte 10 bis 20 % der hessischen Wahlbevölkerung nicht davor abschrecken, bei den Kommunalwahlen dafür zu sorgen, daß die sog. Republikaner, NPD und andere rechtsextreme Parteien in die Parlamente einziehen konnten. Die anfängliche Empörung vieler gesellschaftlicher Gruppen ist mehrheitlich vom Mantel des Verschweigens bedeckt.

Obwohl der Rassismus ein gesamtdeutsches, ja sogar gesamteuropäisches Problem ist, stellt sich die Situation in den fünf neuen Ländern in besonderer Weise dar. Vor allem der militante Rassismus und Neofaschismus findet junge AnhängerInnen.

Der 9. November 1938 - die Reichspogromnacht - ist eines der schrecklichsten Kapitel deutscher Geschichte.

Es war der Beginn für ein bis heute nicht übertroffenes Verbrechen an der Menschheit. 6 Millionen ermordete Juden und Angehörige anderer

Völker und Minderheiten, Hundertausende geschundene und ermordete AntifaschistInnen, mehr als 50 Millionen Kriegsoffer und die Teilung Europas sollten diesem Tag folgen.

Am 9. November treffen sich in der deutschen Geschichte höchst widersprüchliche Ereignisse:

9. November 1918 Novemberrevolution

9. November 1923 Putschversuch der Hitlerfaschisten

9. November 1938 Reichspogromnacht

9. November 1989 friedliche Revolution - Grenzöffnung

Der humanistischen und progressiven Geschichte sind wir verpflichtet und wollen mithelfen, daß der Rassenwahn gestoppt wird.

Daher werden wir am 6.11. den zweiten antirassistischen Ratschlag mit Schwerpunkten, wie z.B. **Neokonservatismus/Neofaschismus/Nationalismus/Zeitzeugen/Hitlerfaschismus/**

Widerstand, Neofaschismus aktuell, Geschichte des Neofaschismus in der BRD/DDR, Rassismus und Faschismus im Alltag, Was tun gegen Rassismus und Neofaschismus?

durchführen. Antirassistisch und antifaschistisch gesonnene Menschen brauchen Raum und Zeit, um gemeinsame Aktionen und Strategien gegen die Rechtsentwicklung unserer Gesellschaft zu beraten. Der zweite antirassistische Ratschlag will einen Beitrag leisten, landesweit eine Vernetzung antirassistischer Initiativen zu ermöglichen. **Wir rufen alle Interessierten und Initiativen auf, unser Vorhaben zu unterstützen.**

Informationen bei:

**Thüringer Antifa-Info
c/o Joseph Grüne
Eislebenerstraße 3
99084 Erfurt
Fax 0361/6738299**